



L.I.S.T.

Lösungen
im Stadtteil
Stadtentwicklungsgesellschaft mbH

Integrationskonzept Treptow-Köpenick

Beauftragt durch:

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin

Sozialraumorientierte Planungskoordination

Alt Köpenick 21

12555 Berlin

Bearbeitung durch:

L.I.S.T. – Lösungen im Stadtteil - Stadtentwicklungsgesellschaft mbH

Lynarstraße 4, 13353 Berlin

Tel. 030-284 726-184, Fax. 030-284 726-189

Email: info@list-gmbh.de

Stand 31.10.2018

INHALTSVERZEICHNIS

1. HINTERGRUND	4
2. METHODISCHE VORGEHENSWEISE	6
2.1 SEKUNDÄRANALYSE.....	6
2.2 INTERVIEWS.....	6
2.3 FACHTAG INTEGRATION.....	6
3. BEWOHNERSCHAFT TREPTOW-KÖPENICK	7
3.1 BEWOHNER*INNEN.....	7
3.2 SOZIALE SITUATION.....	7
3.3 KULTURELLE HERKUNFT DER BEWOHNER*INNEN.....	8
3.4 FLÜCHTLINGE IM BEZIRK.....	9
3.5 DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG.....	12
4. INTEGRATIONSARBEIT IM BEZIRK	13
4.1 ZUSTÄNDIGKEITEN IM BEZIRKSAMT.....	13
4.1.1 Büro des Beauftragten für Integration.....	13
4.1.2 Sozialraumorientierte Planungskoordination (SPK).....	14
4.1.3 Stadtentwicklungsamt.....	14
4.1.4 Sozialamt.....	14
4.1.5 Amt für Bürgerdienste.....	15
4.1.6 Amt für Weiterbildung und Kultur /VHS.....	15
4.1.7 Jugendamt.....	16
4.1.8 Kordinierungsstelle für Willkommensklassen.....	17
4.2 FREIE ÖFFENTLICH FINANZIERTE ANGEBOTE.....	18
4.2.1 Migrationsberatungsstellen.....	18
4.2.2 Integrations *innen.....	19
4.2.3 Koordination von ehrenamtlichem Engagement.....	19
4.2.4 BENN.....	20

4.2.5	Sozialarbeiter*innen in den Unterkünften	21
4.3	SONSTIGE	21
4.3.1	Jugendberufsagentur	21
4.3.2	Jobcenter Treptow-Köpenick	21
5.	SACHSTAND UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	23
5.1	AUSBAU GRÜNER, SOZIALER UND BILDUNGSINFRASTRUKTUR.....	23
5.2	INTEGRATION IN DIE NACHBARSCHAFT	24
5.2.1	Einrichtung der Unterkunft	24
5.2.2	Einbindung der Nachbarschaft	24
5.2.3	Etablierung und Stärkung der sozialen Angebotsstruktur sowie der Arbeitsstrukturen mit und für Geflüchtete	26
5.3	VERBESSERUNG DER TEILHABE- UND MITWIRKUNGSMÖGLICHKEITEN.....	28
5.3.1	Ehrenamtliche	28
5.3.2	Flüchtlinge	30
5.4	INTEGRATION DURCH SPRACHERWERB	31
5.5	INTEGRATION DURCH BILDUNG	34
5.5.1	frühkindliche Bildung.....	34
5.5.2	Grund- und Oberschulen	35
5.6	INTEGRATION DURCH QUALIFIZIERUNG, AUSBILDUNG UND ARBEIT	38
5.7	INTEGRATION IN DEN WOHNUNGSMARKT.....	41
5.8	UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE.....	43
6.	ZUSAMMENFASSUNG	46
7.	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	49
8.	LITERATURVERZEICHNIS /INTERVIEWS	51

1. HINTERGRUND

Berlin ist eine wachsende Stadt. Im Jahr 2015 wurde ein überdurchschnittlicher Wanderungssaldo von Menschen aus dem Ausland verzeichnet, u.a. durch Asyl- und Schutzsuchende. Bis zum 31.10.17 kamen in Berlin nach Auskunft der Sozialverwaltung 78 660 Flüchtlinge¹ an. Die Geflüchteten kommen hauptsächlich aus Syrien, Irak, Afghanistan und in den letzten Monaten verstärkt aus der Türkei. Ähnlich hohe Zuzugszahlen aus dem Ausland verzeichnete Berlin zuletzt in den 1990er Jahren als Folge des Balkan-Krieges.

Zur Steuerung und Gestaltung einer erfolgreichen Integration von Geflüchteten hat das Land Berlin im Frühjahr 2016 eine erste Fassung des „Masterplans Integration und Sicherheit“ vorgestellt, mittlerweile wurde dazu ein Umsetzungsbericht für den Berichtszeitraum 2016 vorgelegt, der Bericht für 2017 ist in Arbeit.² Zudem koordiniert der Integrationsbeauftragte des Landes Berlin aktuell (Stand Januar 2018) die Erstellung eines Konzeptes zur Integration und Partizipation geflüchteter Menschen, das den Masterplan Integration und Sicherheit ersetzen soll.

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Treptow-Köpenick hat mit Beschluss vom 17.12.2015 (Drucksache Nr. VII/1137) festgelegt, dass ein Konzept zur Integration von Geflüchteten im Bezirk Treptow-Köpenick erarbeitet werden soll, das u.a. Ziele und Lösungsschritte definiert, um in Abstimmung mit der Verwaltung und der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Rahmenbedingungen für eine gelingende Integration im Bezirk zu schaffen. Mit der Umsetzung wurde die Sozialräumliche Planungs- und Koordinationsaufgabe beauftragt.

Das Konzept ist im Rahmen von zwei Arbeitsaufträgen zwischen August 2016 und März 2018 entstanden. Der erste Auftrag befasste sich vor allem mit Rahmenbedingungen für ein gutes Ankommen der Geflüchteten. In dieser Phase übernehmen die Quartiere und Nachbarschaften wichtige Integrationsaufgaben, dort verbringen die Geflüchteten einen erheblichen Teil ihres Alltags, knüpfen soziale Kontakte und nutzen Bildungsangebote sowie Angebote der sozialen und nachbarschaftlichen Infrastruktur. Die Herausforderung für Politik, Verwaltung und Bewohnerschaft besteht darin, in der Phase des Ankommens die Grundlagen für eine erfolgreiche Integration in die Nachbarschaft durch zielgruppengerechte Information und Unterstützung zu schaffen.

Bei dem zweiten Arbeitsauftrag lag der Schwerpunkt auf der sogenannten „Bleibephase“, d.h. auf der nachhaltigen Integration der statusgewandelten Flüchtlinge bzw. Asylbewerber*innen mit „guter Bleibeperspektive“. Wie können Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Menschen die Gestaltung eines selbstständigen Lebens im Bezirk ermöglichen? Dazu wurden sowohl die Umsetzung der „pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben“, wie die Schulträgerschaft, die Aufgaben der Jugendhilfe oder die Angebote der Volkshochschulen als auch freiwillige Aufgaben wie z.B. Beratungs- und Vermittlungsangebote, Nachbarschaftsarbeit, Sprachkurse für Flüchtlinge mit unklarer Bleibeperspektive oder Angebote

¹ Die Begriffe „Flüchtlinge“ und „Geflüchtete“ werden in dem nachfolgenden Text synonym für alle Personen verwendet, die unabhängig von ihrem gegenwärtigen rechtlichen Status als Schutzsuchende nach Deutschland gekommen sind.

² Masterplan Integration und Sicherheit (2016: 7)

und Maßnahmen zur Unterstützung bei der Wohnungssuche bzw. der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum beschrieben und ausgewertet. Eine zentrale Rolle für gesellschaftliche Teilhabe ist die Erwerbsarbeit, von daher wurden die Prozesse im Jobcenter und der Jugendberufsagentur beschrieben.

Darüber hinaus müssen Politik und Verwaltung mit dem schwer planbaren weiteren Zuzug von Geflüchteten und neuen Bewohner*innen in Bezug auf den Ausbau bzw. die Qualifizierung von bedarfsgerechter grüner und sozialer Infrastruktur vor Ort umgehen.

Ende 2016 waren 3.285 Geflüchtete in 13 Not- und Gemeinschaftsunterkünften im Bezirk Treptow-Köpenick untergebracht, zum 01.11.2017 waren es noch 2.030 Geflüchtete in 11 Not- und Gemeinschaftsunterkünften, die als Notunterkünfte genutzten Turnhallen konnten freigezogen werden. Zusätzlich gibt es eine zunehmende, nicht genauer bekannte Zahl von Geflüchteten, die in privaten Wohnungen im Bezirk untergebracht sind, sowie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die in Heimen oder Wohngruppen leben.

Bis Ende des Jahres 2018 sollen auch alle Notunterkünfte in Berlin geschlossen bzw. umgebaut werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind im Bezirk mit Stand Februar 2018 aktuell zwei modulare Unterkünfte der ersten Generation³ sowie das Kooperationsprojekt ToM (Tolerantes Miteinander) von IB und der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft degewo an der Schönfelder Chaussee/Wegedornstraße mit einer Kapazität von insgesamt 1.320 Plätzen im Bau bzw. in der Planung. Darüber hinaus haben die Senatsverwaltungen für Finanzen, Stadtentwicklung und Integration am 14.02.2018 die Standorte für weitere Modulare Unterkünfte der 2. Generation bekannt gegeben.⁴ Der benannte Standort in Altglienicke wird das Tempohome im Quittenweg ersetzen, der zweite Standort in der Salvador-Allende-Straße war bereits Standort für Flüchtlingsunterbringung und musste aus baulichen Gründen geschlossen werden, war aber bereits mehrere Jahre in Betrieb.

Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass die Zuwanderung und Integration von Geflüchteten ständigen Veränderungen unterworfen ist. Dazu kommen Gesetzesänderungen, neue Verwaltungsvorschriften, Vorgaben und Programmanpassungen auf Bundes- und Landesebene, die Auswirkungen auf die bezirkliche Ebene haben. Integration ist für alle Beteiligten ein kontinuierlicher Lern- und Anpassungsprozess, der Flexibilität und Geduld erfordert. Insofern kann auch dieses Konzept nur einen Zwischenstand abbilden.

³ MUF der 1. Generation: Späthstraße/Chris-Gueffroy-Straße (Bauphase), Hassoweg/Nelkenweg (Planung), Müggelseedamm 109-111, Fürstenwalder Allee 356

⁴ MUF der 2. Generation: Bohnsdorfer Weg 109-119 (Planung), Salvador-Allende-Straße (Planung).

2. METHODISCHE VORGEHENSWEISE

2.1 Sekundäranalyse

Für die Erstellung des Konzepts wurden im Rahmen einer Grundlagenermittlung Protokolle, Dokumentationen, Berichte und Konzepte ausgewertet, die im Literatur- und Quellenverzeichnis detailliert aufgelistet werden. Darüber hinaus wurden der vom Runden Tisch für Jugend, Soziales und Kultur in Treptow-Köpenick veranstaltete Fachtag „Bildungslandschaften II“ und die „Soziale Integration in Treptow-Köpenick“ als dritte Station von 'Integration im Dialog', der Veranstaltungsreihe des Integrationsbeauftragten von Berlin besucht.

2.2 Interviews

Um Sachstand, lokale Bedarfe und Handlungsempfehlungen in Bezug auf die Erstversorgung der Geflüchteten und die Einbindung der Nachbarschaften in den betroffenen Sozialräumen beschreiben zu können, wurden die Bezirksregionen genauer betrachtet, in denen sich 2016 Not- und/oder Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete befanden. Dazu wurden Interviews mit den zuständigen Regionalkoordinator*innen sowie den in dieser Phase relevanten Fachämtern und Beauftragten geführt. Im Rahmen der Interviews wurden die Schnittstellen der Interviewten mit der Integration von Geflüchteten sowie insbesondere die seit 2015 gesammelten Erfahrungen im Umgang mit der Zuwanderung in den Bezirksregionen erhoben.

Für die Darstellung der Bleibephase wurden Ende 2017 bzw. Anfang 2018 in Abstimmung mit Auftraggeber*innen weitere Interviews u.a. mit den Kolleg*innen der beiden Integrationsmanagements „Berlin-entwickelt neue Nachbarschaften“ (BENN) im Bezirk, dem Vorstand des Integrationsausschusses sowie den Integrationspolitischen Sprecher*innen von SPD, CDU, den Grünen, und der Linken⁵, der Leitung des Fachbereichs Deutsch als Zweitsprache der VHS, der Schulaufsicht als Teil der Koordinierungsstelle für Willkommensklassen, dem Jobcenter und der Jugendberufsagentur geführt. Eine detaillierte Auflistung der Interviewpartner*innen befindet sich im Anhang.

2.3 Fachtag Integration

Auf einem Fachtag am 12.12.2016 wurden erste Ergebnisse aus dem ersten Arbeitsauftrag vorgestellt und im Rahmen von vier Workshops mit Bewohner*innen, lokalen Akteur*innen, Leitungen von Unterkünften, Vertretungen aus sozialen und nachbarschaftlichen Einrichtungen sowie Fachämtern, Beauftragten des Bezirksamtes und Vertreter*innen aus der bezirklichen Politik diskutiert. Ziel war es, einen Austausch der Teilnehmer*innen zu den bisherigen Erfahrungen mit dem Thema Geflüchtete zu ermöglichen und darauf aufbauend weitere integrationsfördernde Maßnahmen für den Bezirk zu entwickeln. Die Ergebnisse des Fachtags flossen in die Konzepterstellung ein.

⁵ Der integrationspolitische Sprecher der AfD hat eine Einladung zum gemeinsamen Abstimmungstermin erhalten, ist jedoch nicht erschienen.

3. BEWOHNERSCHAFT TREPTOW-KÖPENICK

Durch den Zusammenschluss der Bezirke Treptow und Köpenick entstand 2001 Berlins flächenmäßig größter, in 15 Ortsteile unterteilter Bezirk. Mit der Einführung der Lebensweltlich orientierten Räume (LOR) werden seit 2006 statistische und Prognosedaten auf Grundlage eines abgestimmten Datenpools durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) auf den drei LOR-Ebenen Prognoseraum, Bezirksregion und Planungsraum dargestellt. Das neue, regionale Bezugssystem wurde basierend auf fachlichen Kriterien festgelegt und ist Grundlage des sozialräumlichen Planen und Handelns im Land Berlin.

Im Bezirk Treptow-Köpenick gibt es fünf Prognoserräume (größte LOR-Ebene), 20 Bezirksregionen (mittlere LOR-Ebene) und 34 Planungsräume (kleinste LOR-Ebene), in denen sozialräumliche Daten dargestellt und analysiert werden können.

3.1 Bewohner*innen

Im Bezirk Treptow-Köpenick leben zum 31.12.2017 264.999 Menschen⁶. Mit rund 1.574 EW/ km² weist der Bezirk berlinweit die geringste Bevölkerungsdichte auf. Die Altersklasse von Menschen zwischen 25 und 55 Jahren macht mit ca. 43% den größten Anteil der Bewohnerschaft aus. Das Durchschnittsalter ist vergleichsweise hoch und liegt bei 45,0 Jahren (der Altersdurchschnitt in Berlin beträgt 42,7 Jahre; Stand 31.12.2016)⁷, da ein großer Teil (28,3%) der Bevölkerung 60 Jahre und älter ist. Gemäß der „Bevölkerungsprognose für Berlin 2015-2030“ wird für Treptow-Köpenick bis Ende 2030 ein Bevölkerungswachstum von 9,8% erwartet, damit zählt der Bezirk zu den „Wachstumsbezirken“ in Berlin. Die prognostizierte Einwohner*innenzahl (mittlere Variante) für 2025 liegt bei 272.490 Einwohner*innen.

3.2 Soziale Situation

Die durchschnittliche soziale Situation im Bezirk Treptow-Köpenick ist im Vergleich zu Gesamtberlin gut. Die Status-Indikatoren⁸ des Monitorings Soziale Stadtentwicklung 2015 belegen, dass die Werte der vier Indikatoren

1. Anteil Arbeitslose (SGB II und III)	7,04%
2. Anteil Langzeitarbeitslose	2,53%
3. Anteil Transferbezieher*innen (SGB II und XII)	8,16%

⁶ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Einwohnerregister 31.12.2017

⁷ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Einwohnerregister 31.12.2016

⁸ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2015, Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2015, 2.2.Index-Indikatoren nach Status und Dynamik - Anteilswerte - auf Ebene der Bezirksregionen 2014. Zu einzelnen Werten gibt es neuere Daten, da sie nicht für alle zur Verfügung stehen, wurde der Datenstand 2015 belassen.

4. Anteil Transferbezieher*innen (SGB II) unter 15 Jahre 20,76%

auf Bezirksebene unter denen der Werte für die Gesamtstadt liegen. Zudem lassen die positiven Veränderungen dieser Indikatoren zwischen 2013 und 2014 (Dynamik-Indikatoren) darauf schließen, dass sich die soziale Situation im Bezirk in diesem Zeitraum tendenziell verbessert hat. Jedoch liegen die positiven Veränderungen für die Dynamik-Indikatoren „Arbeitslose“ (-0,46) und „Veränderungen Anteil Langzeitarbeitslose“ (-0,18) deutlich unter den Werten für die Gesamtstadt.

Bezogen auf die mittlere LOR-Ebene ist die soziale Situation in den 20 Bezirksregionen recht unterschiedlich, jedoch ohne extreme Abweichungen. In zwölf der 20 Bezirksregionen ist die soziale Situation gut, zum Teil sehr gut. Die Daten der Status-Indikatoren liegen teilweise weit unter den bezirklichen bzw. Berliner Durchschnittswerten der Bezirksregionen.

Die Status-Indikatoren für die vier Bezirksregionen Alt-Treptow, Oberschöneweide, Köllnische Vorstadt/Spindlersfeld und Altstadt Kietz deuten auf eine sozial eher schlechte Situation hin. Die Werte der Status-Indikatoren⁹ liegen im Vergleich zum Durchschnittswert der 20 Bezirksregionen deutlich höher und über dem Durchschnittswert aller 137 Berliner Bezirksregionen. In den fünf Bezirksregionen Plänterwald, Baumschulenweg, Niederschöneweide, Adlershof und Altglienicke liegen die Werte einzelner Indikatoren leicht über den Durchschnittswerten der 20 Bezirksregionen Treptow-Köpenicks und teilweise über den Berliner Durchschnittswerten, die soziale Situation ist etwas angespannt.

Auf Planungsraumbene, der kleinsten LOR-Ebene, ergibt sich ein differenzierteres Bild. Dort zeigt sich, dass der Planungsraum Kosmosviertel (PLR 09030902)¹⁰, der sich in der Bezirksregion 09 Altglienicke befindet, überdurchschnittlich hohe Werte der beschriebenen Indikatoren und somit eine sehr angespannte soziale Lage mit negativen Tendenzen aufweist. Aus diesem Grund sind dort seit April 2016 Gebietsbeauftragte im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ eingesetzt, die durch sozio-integrative und bauliche Maßnahmen das Gebiet stabilisieren und langfristige Beteiligungs- und Netzwerkstrukturen aufbauen sollen.

3.3 Kulturelle Herkunft der Bewohner*innen

Ausländer*innen

Der Bezirk Treptow-Köpenick hat per 31.12.2017 mit 8,5% (absolut 22.412 EW) den geringsten Anteil an Ausländer*innen und liegt damit weit unter dem Durchschnittswert der Berliner Bezirke von 18,84%¹¹.

⁹ Index-Indikatoren: Arbeitslose, Langzeitarbeitslose, Transferbezieher*innen und Transferbezieher*innen unter 15 Jahren

¹⁰ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2015, 2.1. Index-Indikatoren nach Status und Dynamik - Anteilswerte - auf Ebene der Planungsräume 2014

¹¹ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Einwohnerregister 31.12.2017

Die Verteilung dieser Bewohner*innengruppe auf Ebene der Bezirksregionen ergibt ein differenzierteres Bild: den größten Anteil Ausländer*innen an der Gesamtbevölkerung gibt es mit 18,3% in der Bezirksregion Alt-Treptow, gefolgt von Oberschöneweide mit 14,6%-und Adlershof mit 12,5%. Die Bezirksregionen mit dem geringsten Anteil an Ausländer*innen sind Müggelheim (2,7%), Köpenick Nord (3,9%) und Friedrichshagen (3,4%).

Einwohner*innen mit Migrationshintergrund¹²

13,6% aller Einwohner*innen im Bezirk Treptow-Köpenick haben einen Migrationshintergrund, dies sind 35.968 Einwohner*innen (Stand 31.12.2017)¹³. Damit liegt der Bezirk weit unter dem Berliner Durchschnittswert von 32,0%. Bezogen auf die Ebene der Bezirksregionen lebt mit 29,7% der größte Anteil in Alt-Treptow, gefolgt von Oberschöneweide mit 20,8% und Adlershof mit 17,0%. Ein Großteil kommt aus Polen, der ehemaligen Sowjetunion, den Mitgliedsstaaten der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (Organisation of Islamic Cooperation - OIC) und dem ehemaligen Jugoslawien.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre mit Migrationshintergrund liegt am 31.12.2017 in Treptow-Köpenick bei 24,0%. Der Wert liegt weit unter dem Berliner Durchschnitt von 49,3% und ist damit der niedrigste in ganz Berlin. Die Verteilung ist auf Ebene der Bezirksregionen differenzierter. Der höchste Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund lebt in den Bezirksregionen Alt-Treptow (40,8%), Oberschöneweide (34,3%) und in Plänterwald (28,7%).

3.4 Flüchtlinge im Bezirk

2017 hat sich die Situation in Bezug auf die Zahl der Flüchtlinge, die im Bezirk untergebracht wurden, im Vergleich zum Vorjahr weiter entspannt. Waren es 2015 noch 55.001 und 2016 noch 16.889 Flüchtlinge berlinweit, so sind es im Jahr 2017 bisher (Stand 31.10.2017) um die 6.770 Zugänge¹⁴. Die weitere Entwicklung der Zuwanderung lässt sich aus unterschiedlichen Gründen nur schwer prognostizieren. Angaben zu den Herkunftsländern, Geschlecht und der Altersstruktur Geflüchteter liegen auf der Bezirksebene nicht vor. Auch lassen sich (bislang) keine genauen Angaben zu Anerkennungsquoten machen.

¹² Definition Migrationshintergrund gemäß Einwohnerregisterstatistik (Migrationsbeirat 2014).

¹³ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Einwohnerregister 31.12.2017

¹⁴ Zugangslage Geflüchteter, Stand: 01.01.2017 – 31.10.2017, Quelle: Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) Berlin - EASY-Zugangstatistik

In Berlin gibt es derzeit eine Kapazität von 37.303 Plätzen (Stand 27.07.2017)¹⁵ zur Unterbringung von Flüchtlingen in Not- und Gemeinschaftsunterkünften, davon sind 26.165 belegt (Stand November 2017). Die Verteilung auf die Bezirke ist sehr unterschiedlich: Mit 14,7 % bzw. einer Belegung von 3.838 Plätzen nimmt Lichtenberg die meisten Geflüchteten auf; Neukölln mit 930 Plätzen - dies sind 3,6% - die wenigsten. Treptow-Köpenick hat eine Kapazität von 3.809 Plätzen, davon sind momentan 3.288 belegt¹⁶. Derzeit (Stand November 2017) gibt es in Treptow-Köpenick in 7 von 20 Bezirksregionen Not- und Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende. Die als Notunterkünfte genutzten Turnhallen sind mittlerweile freigezogen worden.¹⁷

Erstaufnahmeeinrichtungen, Notunterkünfte

Im Bezirk werden mit Stand November 2017 noch vier Notunterkünfte (NU) betrieben, zwei davon sind Erstaufnahmeeinrichtungen (EA). Für Notaufnahmeeinrichtungen gelten weitaus niedriger Standards (beispielsweise Wohnfläche pro Bewohner*in) als für Erstaufnahmeeinrichtungen. Nach drei Monaten können Flüchtlinge auf bestehende Gemeinschaftsunterkünfte /Flüchtlingsheime weiterverteilt werden.

Bezirksregion	Adresse		Kapazität
Johannisthal	Erstaufnahmeeinrichtung Johannisthal	Groß-Berliner-Damm 59	550
Altglienicke	Erstaufnahmeeinrichtung Schwalbenweg	Schwalbenweg 17/18	314
Altglienicke	Notunterkunft Rudower Straße	Rudowerstraße 18	200
Treptow	Queere NU	Kieffholzstraße	66

¹⁵ Vierteljährlicher Bericht zur Flüchtlingsunterbringung 3.Quartal 2017; Quelle: Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF)

¹⁶ Aktuelle Unterbringungszahlen, Stand: 01.11.2017, Quelle: Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) Berlin - EASY-Zugangstatistik

¹⁷ Stand Januar 2018, Angaben durch das Büro des Integrationsbeauftragten im Bezirk Treptow-Köpenick

Gemeinschaftsunterkünfte

Während eine Notunterkunft lediglich der vorübergehenden Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen dienen sollte, sind Gemeinschaftsunterkünfte (GU) für eine längere Aufenthaltsdauer eingerichtet, dies gilt insbesondere für das berlinweit erste Containerdorf in der Alfred-Randt-Straße und das 2017 eröffnete Tempohome am Quittenweg. Dementsprechend gelten wesentlich strengere Qualitätsanforderungen in Bezug auf die baulichen und hygienischen Voraussetzungen sowie ein höherer Personalschlüssel.

Bezirksregion	Bezeichnung	Adresse	Kapazität
Adlershof	GU Radickestraße	Radickestraße 76	210
Allende-Viertel	GU Allende II	Alfred-Randt-Straße 19-21	386
Altglienicke	GU Tempohome Altglienicke	Quittenweg 20	280
Niederschöneweide	AWO-Wohnheim Treptow	Köpenicker Landstr. 280	250
Grünau	GU Grünau	Wassersportallee 56-58	100
Rahnsdorf/ Hessenwinkel	GU Rahnsdorf	Fürstenwalder Allee 364	149
Treptow	Queere GU	Kiefholzstraße	56

Die Unterkunft in der Salvador-Allende-Str. 89-91 wurde aufgrund von Sanierungsmaßnahmen freigezogen und die Bewohner*innen auf Unterkünfte auch außerhalb des Bezirks verteilt. Für das Gebäude ist die Wiederaufnahme des Standorts zur Unterbringung von Geflüchteten durch die zuständigen Senatsverwaltungen geplant (Stand April 2018).

Darüber hinaus sind besondere Unterbringungsformen in umgenutzten Hotels und Gästehäusern für die Versorgung von Kindern und Familien erforderlich.

3.5 Demografische Entwicklung

Bevölkerungsprognose

Die Bevölkerungsprognose im Infrastrukturkonzept¹⁸ (Datenstand auf Basis Bevölkerungsprognose 2015 - 2030 aus dem Jahr 2016) prognostiziert für das Jahr 2020 (mittlere Variante) rund 275.844 Einwohner*innen.¹⁹ Das Bevölkerungswachstum für 2020 (mittlere Variante) wird für die fünf Prognose-räume im Infrastrukturkonzept unterschiedlich prognostiziert.

PR	BZR	Basisjahr 2015	Prognostizierte EW 2020 <small>(Gesamt Einwohnerzahl, Be- völkerungsprognose 2015- 2030, mittlere Variante)</small>	Prognostizierte EW 2030 <small>(Gesamt Einwohnerzahl, Be- völkerungsprognose 2015- 2030, mittlere Variante)</small>
I	Alt-Treptow, Plänterwald Baumschulenweg, Johannisthal	59.710	61.982	63.891
II	Oberschöneeweide, Niederschöneeweide, Adlershof Köllnische Vorstadt/ Spindlersfeld	58.717	67.763	67.927
III	Altglienicke, Bohnsdorf, Grünau Schmöckwitz, Karolinenhof Rauchfangswerder	48.740	54.193	55.017
IV	Altstadt Kiez, Allende Viertel Köpenick Süd, Müggelheim	36.113	38.056	39.109
V	Köpenick-Nord, Dammvorstadt Friedrichshagen, Rahnsdorf/ Hessenwinkel	50.053	53.851	54.856
		253.333	275.844	280.727

¹⁸ Das Soziale Infrastrukturkonzept wird derzeit aktualisiert.

¹⁹ Soziales Infrastrukturkonzept 2016 (2016: 22).

4 INTEGRATIONSARBEIT IM BEZIRK

4.1 Zuständigkeiten im Bezirksamt

Im Folgenden werden die wichtigsten Fachämter und Beauftragten, die auf bezirklicher Ebene mit der Integration von Geflüchteten befasst sind, beschrieben und, wo es möglich und sinnvoll erscheint, bestehende Arbeits-, Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen aufgezeigt.

4.1.1 Büro des Beauftragten für Integration

Im Bezirk Treptow-Köpenick ist das Büro des Integrationsbeauftragten für migrations- und integrations-spezifischen Belange zuständig. Das Büro befindet sich im Rathaus Köpenick und besteht aus dem Integrationsbeauftragten, einer Koordinierungsstelle für Flüchtlingsfragen und Öffentlichkeitsarbeit und seit Oktober 2017 einer Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit.

Das Team des Integrationsbeauftragten hat in Bezug auf die Integration von Geflüchteten u.a. folgende Aufgaben:

- Schnittstelle für Bund, Land und Bezirk sowie die Bewohner*innen des Bezirks und der Stadt, für lokale Akteur*innen und Träger sowie mit den Fachämtern und Beauftragten im Bezirksamt in Bezug auf Information, Wissenstransfer und Austausch.
- Mittelbewirtschaftung, wie beispielsweise Mittel für Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften, sog. FEIN-Mittel, Kiezkasse, Integrationsfonds auf Grundlage des Masterplan Integration und Sicherheit, mit dem Ziel integrationsfördernde Maßnahmen im Bezirk umzusetzen.
- Öffentlichkeitsarbeit, d.h. Vorstellung der Arbeit auf Veranstaltungen, im Internet, in der Presse, Verteiler und Print, ab März 2018 auch über Social Media.
- Bezirkliche und überbezirklichen Gremienarbeit, Moderation bzw. Teilnahme an thematischen und lokalen Gremien
- Geschäftsführung des Netzwerkes für Integration im Bezirk Treptow-Köpenick als Gremium für Austausch und Information zum Thema Integration.
- Vertretung des Bezirks bei der Landesarbeitsgemeinschaft der Integrationsbeauftragten
- Koordination der AG Beratung, AG Migration und Gesundheit, AG Wohnen. Die AGs sind themenbezogene Arbeitsgruppen, die sich aus dem Netzwerk Integration entwickelt haben.
- Koordination der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit

4.1.2 Sozialraumorientierte Planungskoordination (SPK)

Das Team der SPK hat ihren Sitz seit Ende des Jahres 2017 ebenfalls im Rathaus Köpenick und besteht aus der Leitung, der Datenkoordinatorin und den vier Regionalkoordinator*innen, die für die 20 Bezirksregionen in Treptow-Köpenick zuständig sind. Sie sind Ansprechpartner*innen für Bürgerinnen und Bürger, für lokale Interessengruppen und alle anderen, die für ihre Nachbarschaften aktiv sind. Seit Mitte April 2018 sind zusätzlich zwei zunächst befristete Stellen für die BENN- und Regionalkoordination eingerichtet.

Das Team der Regionalkoordination ist für die Bezirkskoordination, d.h. für die Organisation und Koordination der ämterübergreifenden Zusammenarbeit zur Entwicklung der Bezirksregionen in Treptow-Köpenick zuständig. Die Zusammenarbeit mit den planenden Fachämtern und – beauftragten erfolgt u.a. durch die regelmäßig tagende AG Sozialraumorientierung (AG SRO).

Die Datenkoordination stellt eine Vielzahl von raumbezogenen Analysedaten und statistischen Auswertungen zur Unterstützung der Fachplanungen und der politischen Arbeit zur Verfügung.

Die Regionalkoordinator*innen sind das Bindeglied zwischen Verwaltung, Bürgerschaft, Politik und Wirtschaft. Sie sind jeweils für fünf Bezirksregionen zuständig; neben zahlreichen Aufgaben der Beteiligung, Koordination und Vernetzung sind sie für die Erstellung und Aktualisierung der Bezirksregionenprofile verantwortlich.

Den Regionalkoordinator*innen kommt vor allem in der Phase des Ankommens der Flüchtlinge eine zentrale Rolle zu. Sie kennen die lokalen Netzwerke und Zusammenhänge vor Ort, sind erfahren in der Information, Aktivierung und Beteiligung von Anwohner*innen auch in konflikthaften Situationen und können schon bei der Wahl des Standorts für eine Unterkunft hilfreiche Ansprechpartner*innen sein. Sie sind zudem betraut mit der Steuerung und Strategieentwicklung zur Umsetzung des BENN-Programms auf bezirklicher Ebene im Kosmosviertel in Altglienicke sowie im Allende-Viertel.

4.1.3 Stadtentwicklungsamt

Das Stadtentwicklungsamt befindet sich ebenfalls im Rathaus Köpenick und ist insbesondere im Rahmen der Erstversorgung gefordert. Die Leitung ist in ihrer Funktion u.a. als Leitung der Bau- und Wohnaufsicht frühzeitig in die Abstimmung und Qualifizierung geplanter Standorte eingebunden. In Bezug auf die Unterkünfte übernimmt das Stadtentwicklungsamt u.a. die Bauaufsicht und ist damit u.a. für die Aufrechterhaltung des Betriebs sowie den Brandschutz zuständig. Die Leitung des Stadtentwicklungsamtes nimmt an der AG SRO teil.

4.1.4 Sozialamt

Das Sozialamt ist in Bezug auf die Integration von Geflüchteten u.a. zuständig für die Vergabe von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Diese umfassen als Grundleistungen notwendige Bedarfe in den Bereichen Ernährung, Unterkunft und Heizung, Kleidung, Gesundheitspflege, Gebrauchs- und Verbrauchsgüter des Haushalts, erforderliche und unaufschiebbare Leistungen bei

Krankheit, erforderliche Leistungen bei Schwangerschaft und Geburt und Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket.

Darüber hinaus ist das Sozialamt u.a. verantwortlich für die Unterstützung und Weiterentwicklung der KIEZKLUBS als Begegnungsorte und die Hilfe für Wohnungslose und Personen mit besonderen Schwierigkeiten. Hierzu zählen auch Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive, wenn diese keine Unterkunft haben. Einige KIEZKLUBS (Rahnsdorf und Adlershof) bieten Deutschkurse an, beziehen Geflüchtete konkret in ihre Freizeitangebote ein oder beteiligen sich an Nachbarschaftsfesten.

4.1.5 Amt für Bürgerdienste

Die Zuständigkeiten des Amtes für Bürgerdienste haben sich seit der Einrichtung der zwei Sonderbürgerämter für Geflüchtete in Charlottenburg-Wilmersdorf (zuständig für Bewohner*innen von Unterkünften in Charlottenburg-Wilmersdorf und Spandau) und Mitte (alle übrigen Bezirke) im Herbst 2016 geändert. Bis dahin gab es beim Amt für Bürgerdienste eine zuständige Mitarbeiterin, die mit allen Unterkünften im Bezirk, insbesondere den Sozialarbeiter*innen in den Einrichtungen im engen Kontakt stand und die Anmeldung der Geflüchteten geregelt hat. Mittlerweile sind Geflüchtete reguläre Kund*innen, die insbesondere die Serviceleistungen des Wohnungsamts (wie die Beantragung eines Wohnberechtigungsscheins, sog. WBS) und des Standesamts in Anspruch nehmen. Durch Weiterleitung des Büros des Integrationsbeauftragten werden ebenfalls erweiterte polizeiliche Führungszeugnisse für Ehrenamtliche im Bereich Flüchtlingsarbeit ohne Vorsprache bei dem Amt für Bürgerdienste angefordert.

4.1.6 Amt für Weiterbildung und Kultur /VHS

Die Volkshochschule ist auf bezirklicher Ebene für die Durchführung von Geflüchteten- und Integrationskursen zuständig. Ansprechpartner*innen sind die Leitung des Programmbereichs Deutsch als Fremdsprache und die Koordinatorin der Integrationsmaßnahmen und Flüchtlinge mit Sitz an der Baumschulenstraße in Treptow. Zur Umsetzung ihrer Aufgaben sind die Mitarbeiter*innen u.a. in folgende Arbeits- und Organisationsstrukturen eingebunden:

- Fachkommission aller VHS in Berlin, in der u.a. die Umsetzung der Fachvorgaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge geplant und abgestimmt wird. Die Volkshochschulen greifen auf eine gemeinsame Datenbank zu, in der die Kurse geplant werden und Meldungen zu Kursdaten und Teilnehmer*innen erfolgen
- Gemeinsame IT-Schnittstelle für alle Volkshochschulen über die entsprechende Geschäftsstelle, die wiederum die Schnittstelle zum BAMF ist
- Netzwerk Integration: Information, Kontakt, Austausch, Verbreitung der Angebote der VHS, Akquise von Kursräumen, Gewinnen von Ansprechpartner*innen z.B. für antragsbezogene Kooperationen, Kontakt zu Einrichtungen wie der Polizei
- AG Beratung des Integrationsbeauftragten im Bezirk

- Amtsinterne Kooperation: Zusammenarbeit u.a. mit den beiden Mittelpunktbibliotheken, der Musikschule und den KIEZKLUBS zur Nutzung der Räume und zur Verbreitung der Angebote
- Teilnahme an Veranstaltungen wie z.B. der vom QM/BENN Kosmosviertel organisierten Gebietskonferenz. Der direkte Kontakt mit den zuständigen Ansprechpartner*innen auf lokaler Ebene ermöglicht eine konkrete Abstimmung zu Kursbedarfen, Räumen und wenn die Rahmenbedingungen stimmen, zur unbürokratischen Einrichtung eines Kurses vor Ort.
- Teilnahme an Veranstaltungen des in 2003 gegründeten "Runden Tisches für Jugend, Soziales und Kultur in Treptow-Köpenick", wie z.B. Bildungslandschaften I und II.

Auch die die Musikschule, die Bibliotheken, die Museen und der Bereich Kunst und Kultur leisten Beiträge zu Sprach- und Wissenserwerb sowie kultureller Bildung.

4.1.7 Jugendamt

Mit dem Aufbau und der Weiterentwicklung der Arbeitsfelder Frühe Hilfen, Familienzentren, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Jugendberufshilfen und der Jugendarbeit ist es gelungen, die Angebote hinsichtlich der Integration von jungen Familien, Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen mit Fluchterfahrungen zu erweitern.

Im Sinne einer lebensweltorientierten Haltung werden niederschwellige Angebote für junge Geflüchtete im Rahmen der Willkommenskultur / Integration geschaffen und stetig weiterentwickelt. Großen Wert in der Arbeit wird auf die Kooperationen und sozialräumliche Vernetzung mit anderen Akteur*innen im Bereich der Arbeit mit jungen Geflüchteten gelegt, so dass die verschiedenen Angebote und Maßnahmen sowohl unter Beteiligung junger Geflüchteter, aber auch der Netzwerkpartner*innen entwickelt werden konnten. Insgesamt betreut das Jugendamt jährlich bis zu 300 Kinder, Jugendliche, junge Volljährige und Familien mit Fluchterfahrungen.

Beispiele aus der Angebotsentwicklung des Jugendamtes:

Frühe Hilfen und Kinderschutz

- Sprechstunden der Familienhebammen in zwei Flüchtlingsunterkünften des Bezirkes
- Aufbau von Eltern-Kind-Gruppen für Geflüchtete
- Das Programm Jungen informieren und beraten zu möglichen sex. Übergriffen, wird in Flüchtlingsseinrichtungen des Bezirkes angeboten

Offene Jugendarbeit und Sportangebote für

- Fitness und Kraft – Projekt für 50 Jugendliche mit Migrationshintergrund
- Zirkus in der Flüchtlingsunterkunft – Willkommen im Zirkus (Integration von Kindern und Jugendlichen und Mütter, die Kostüme für die Auftritte aller Zirkuskinder nähen)

- Kreative und sportive Angebote in Flüchtlingsunterkünften in Alt Treptow, Altglienicke und Allendeiviertel
- Begegnung vor Ort – Angebot eines wöchentlichen Krafttrainings im Jugendschiff Remili und ankommen, näherkommen, gegenseitiges Kennenlernen der Angebote des Jugendschiffes und Zusammenführen aller Nutzer*innen
- Mobil in Altglienicke - Kleingruppenangebote zum Spracherwerb und zur Berufsorientierung mit dem Angebot der Beratung und Begleitung zu Behörden
- Altglienicke Mobil - Mobile Beratungsangebote für neue und alte Bewohner in Altglienicke bezüglich einer Erstberatung, niedrigschwelliger Kontakte, Orientierungshilfen im Sozialraum und Behördenschungel, ggf. Vermittlung zu Integrationslotsen und Unterstützung bei Antragstellungen und Behördengängen
- Willkommen in Altglienicke – Organisation von runden Tischen, Workshops zum Thema Integration, Werbung von ehrenamtlichen Helfer*innen, Werkstattangebote und Kulturprojekte, unter Einbeziehung der Bewohner*innen der Notunterkünfte und Berücksichtigung der Kompetenzen der Geflüchteten, Familienwochenendangebote sowie Schutz der Mitbewohner*innen vor rassistischen Äußerungen
- Kultur- und Nachbarschaftszentrum – Organisation von Begegnungen vor Ort, Integration durch Veranstaltungen in Kooperation mit verschiedenen Jugendfreizeiteinrichtungen, Verständigung im Rahmen von musikalischen, sportlichen und zirkensischen Angeboten, Einrichtung eines Sprachcafes, Lernen in Gruppen, Aufbau von Tandems

Jugendarbeit an Schulen

- Angebot im Sinne von Lotsentätigkeit, um geflüchteten Kinder und Familien die Bezirksregion Niederschöneweide als sozialen Raum zugänglich zu machen

Alle Angebote werden ziel- und bedarfsgerecht geprüft und dienen der gemeinsamen Begegnung vor Ort, der Integration in vorhandene Angebote und der Stärkung von Eltern und Kindern und richten sich an den gesamten Sozialraum.

4.1.8 Koordinierungsstelle für Willkommensklassen

Um ein strukturiertes Verfahren zur Integration von Kindern und Jugendlichen bis 16 Jahren in das Schulsystem umzusetzen, wurde im Bezirk Treptow-Köpenick eine Koordinierungsstelle für Willkommensklassen eingerichtet. Die Koordinierungsstelle besteht aus dem beim Bezirk angesiedelten, für die organisatorische Ausstattung zuständigen Schulträger und der bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) angesiedelten pädagogischen Schulaufsicht. Beide Stellen befinden sich aktuell im Rathaus Köpenick. Die Stelle der Schulaufsicht wurde stellenwirtschaftlich von SenBJF für jeden Bezirk im Zusammenhang mit der Einrichtung der Koordinierungsstelle für Willkommensklassen („Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse“) eingerichtet.

Der Schulträger ist für die Einhaltung der Schulpflicht zuständig, d.h. er nimmt die Anträge auf einen Besuch in einer Willkommensklasse auf. Die Schulaufsicht stellt die Form der Beschulung fest, z.B. ob ein Alphabetisierungsbedarf besteht oder ob Besonderheiten in der Beschulung wie ein sonderpädagogischer Förderbedarf zu berücksichtigen sind. Der Schulträger wiederum weist die Plätze zu.

Vernetzung und Kooperation

- Regionalkonferenzen für die Lehrkräfte
- Schulleiterrunde für die Schulen mit Willkommensklassen
- Netzwerk Integration – die Teilnahme erfolgt mittlerweile themenbezogen
- Enge Kooperation mit Sozialarbeiter*innen in den Unterkünften
- Enger Kontakt zu den Integrationslots*innen
- Enger Kontakt zu den Schulen, in denen Willkommensklassen eingerichtet wurden

4.2 Freie öffentlich finanzierte Angebote

4.2.1 Migrationsberatungsstellen

Im Bezirk Treptow- Köpenick gibt es zwei Beratungsstellen für Menschen mit Migrationshintergrund, Ausländer*innen und Geflüchtete. Das Integrationszentrum für Migrant*innen Dialog in Treptow-Köpenick ist die älteste Beratungsstelle im Bezirk (seit 1991) und richtet sich an erwachsene Zuwander*innen ab 27. Sie befindet sich in der Bezirksregion Oberschöneeweide und Sie hat folgende Schwerpunkte: Migrationsberatung (auf Russisch, Vietnamesisch) und interkulturelle Öffnung kommunaler KIEZKLUBS. Das Angebot wird durch das "Projekt zur Förderung der Arbeitsmarktintegration zugewanderter Menschen" zielgruppenspezifisch für Menschen mit Fluchterfahrung ergänzt.

Das Zentrum für Demokratie befindet sich in der Bezirksregion Niederschöneeweide, dort sind folgende Projekte zur Integrationsarbeit angesiedelt:

- •InteraXion: Willkommensbüro für Migrant*innen und Geflüchtete in Treptow-Köpenick in der Trägerschaft von offensiv 91 e.V.
- Integrationslots*innen für Treptow-Köpenick
- Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaften für Demokratie Treptow-Köpenick und Schöneeweide
- Register zur Erfassung rassistisch, antisemitisch, homophob und rechtsextrem motivierter Vorfälle in Treptow-Köpenick

Die vorhandenen Beratungsstellen in Niederschöneeweide haben aufgrund ihres einmaligen Angebots eine bezirksweite Bedeutung.

Der Jugendmigrationsdienst Neukölln/Treptow-Köpenick berät junge Menschen mit Migrationsgeschichte im Alter von 12 bis 27 Jahren. Die Kontakt- und Beratungsstelle liegt in der Bezirksregion Gropiusstadt im Bezirk Neukölln und ist auch für den Bezirk Treptow-Köpenick zuständig. Das Projekt "Migrationsberatung für junge Menschen in Treptow-Köpenick" ergänzt die Angebote des JMD inhaltlich und personell. Das Beratungsangebot befindet sich ebenfalls in Niederschöneweide.

Zudem bietet der Verein Amaro Foro e.V. in der Bezirksregion Otto-Suhr-Allee des Bezirks Berlin-Charlottenburg für Roma und Nicht-Roma u.a. für Treptow-Köpenick Beratung auf Bulgarisch, Rumänisch und Romanes an.

4.2.2 Integrationslots_innen

Integrationslots*innen unterstützen Bewohner*innen mit Migrationshintergrund, geflüchtete Menschen und Asylsuchende im Bezirk bei der Bewältigung ihres Alltags, indem sie leichten Zugang zu bestehenden Angeboten im Bezirk schaffen. Dazu werden an zwei Anlaufstellen, dem Familien-Begegnungszentrum in der Bezirksregion Altglienicke und der Begegnungsstätte Allende II (Begegnungsstätte Alfred-Randt-Straße) in der Bezirksregion Köpenick-Süd flexible Öffnungszeiten angeboten. Zudem unterstützen die Integrationslots*innen die Sprechzeiten von interaXion und bieten eigene Sprechzeiten in Not- und Gemeinschaftsunterkünften an. Die Lots_innen haben selbst Migrationsgeschichte und bieten Sprechzeiten in unterschiedlichen Sprachen an. Ein Kooperationsvertrag des Landesrahmenprogramms Integrationslotsinnen und Integrationslotsen und dem Programm „Berlin entwickelt neue Nachbarschaften“ regelt eine regelmäßige Unterstützung der BENN Standorte durch die Lots*innen.

4.2.3 Koordination von ehrenamtlichem Engagement

Mit Stand März 2018 befinden sich in 9 von 11 Not- und Gemeinschaftsunterkünften Ehrenamtskoordinator*innen, die vor Ort als Ansprechpartner*innen den Ehrenamtlichen zur Seite stehen. Der Stundenumfang dieser Stellen berechnet sich nach der Belegungsgröße der Einrichtung.

Die STERNENFISCHER im Freiwilligenzentrum Treptow-Köpenick in der Bezirksregion Köllnische Vorstadt / Spindlersfeld bieten vor Ort Beratung und Vermittlung zu Angeboten im Bezirk für ehrenamtlichen Engagement auch zum Thema Einwanderung und Asyl an.

Zudem bietet das hauseigene Projekt STERNEN-Lots*innen an drei Standorten Beratungen für ehrenamtlich Engagierte an: in der Bezirksregion Friedrichshagen (seit November 2016), in der Bezirksregion Niederschöneweide bei der Bürgerstiftung Treptow-Köpenick sowie in der Bezirksregion Alt-Treptow beim KungerKiezInitiative e. V. Die Sternenfisher setzen aktuell das Projekt Wohngebiets-Patenschaften als Kooperationsprojekt mit der Degewo um. Neue Mieter*innen, die vor Krieg und Not geflüchtet sind, erhalten durch engagierte Patinnen und Paten Unterstützung bei der ersten Orientierung und beim Ankommen im Alltag.

Die Koordinatorin für ehrenamtliche Flüchtlingshilfe ist seit Oktober 2017 im Büro des Integrationsbeauftragten. In ihren Aufgabenbereich fallen unter anderem die Gewinnung von Ehrenamtlichen, die Schaffung von Anerkennungsformaten und die Förderung des Ehrenamts von Geflüchteten. Zur Umsetzung ihrer Aufgaben ist sie in folgende Arbeitsstrukturen eingebunden:

- Regelmäßiger Kontakt mit den Ehrenamtskoordinator*innen in den Not- und Gemeinschaftsunterkünften sowie den Unterstützerkreisen
- Austausch mit den Akteur*innen des bezirklichen Bürgerlichen Engagements: Leitung des Sozialamtes, Gruppenleitung Sozialkommissionen und STERNENFISCHER Freiwilligenzentrum
- AG Ehrenamt des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten
- Regelmäßiger Austausch mit der Regionalkoordinatorin des Beratungsforums zum Engagement mit Geflüchteten, welches die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren in den Unterkünften vor Ort im dortigen Freiwilligenmanagement unterstützt, z.B. durch themenbezogene Weiterbildungen

Die berlinweite Koordination der ehrenamtlichen Hilfe und Sachspenden erfolgt schwerpunktmäßig online u.a. durch die Online-Portale „Netzwerk Berlin hilft“ und „Schnell Helfen“. Dort gibt es zudem Informationen zu den Notunterkünften in den Bezirken sowie aktuelle Bedarfslisten.

4.2.4 BENN

Im Bezirk wird das seit April 2017 im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (SenSW) in Berlin eingesetzte Integrationsmanagement „Berlin entwickelt neue Nachbarschaften“ BENN an zwei Standorten umgesetzt. Sie sind auf bezirklicher Ebene bei der Sozialraumorientierten Planungs- und Koordination angehängt. Für die Koordination sind seit April 2018 zunächst zwei befristete Stellen eingerichtet worden. Das Integrationsmanagement wird aus Mitteln der Städtebauförderung und des Investitionspaktes "Soziale Integration im Quartier" finanziert.

Ziele von BENN sind u.a. die Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts (Community Building) und der Selbstbestimmung von Geflüchteten (Empowerment). Die BENN-Koordinator*innen am Standort der Gemeinschaftsunterkunft Quittenweg sind Teil des Quartiersmanagement-Teams Kosmosviertel und sitzen im Vor-Ort-Büro des QM, im Allende-Viertel um den Standort der Gemeinschaftsunterkunft Allende II in der Alfred-Randt-Straße arbeitet ein dreiköpfiges, interkulturelles Team im Vor-Ort-Büro in der Pohlestraße.

An den Steuerungsrunden nehmen die Teams, die Gebietskoordinatorin bei SenSW und die Leitung der SPK im Bezirk teil. Für die Umsetzung von Maßnahmen und Projekte in den Unterkünften und Nachbarschaften stehen den Teams jeweils 30.000 € im Jahr zur Verfügung, über die Vergabe entscheidet jeweils die Steuerungsrunde.

4.2.5 Sozialarbeiter*innen in den Unterkünften

Die bei den jeweiligen Betreibern der Unterkünfte angestellten Sozialarbeiter*innen nehmen eine Schlüsselposition u.a. in Bezug auf die Vermittlung der bezirklichen Integrationsangebote ein. Der Sozialdienst steht vor Ort für Beratung bereit. Neben der Vermittlung von Angeboten zu Geflüchteten- und Integrationskursen leiten sie z.B. die Angaben zu schulpflichtigen Kindern weiter, helfen beim Ausfüllen von Anträgen z.B. zur Beantragung eines Kitaplatzes etc.

4.3 Sonstige

4.3.1 Jugendberufsagentur

Seit dem 01.07.2016 gibt es in der der Pfarrer-Goosmann-Straße 19 eine regionale Anlaufstelle der Jugendberufsagentur (JBA) im Bezirk. Die JBA verfolgt einen integrierten ressortübergreifenden Ansatz, beteiligt sind die Agentur für Arbeit, die Jobcenter, die Jugendhilfe und die beruflichen Schulen. Darüber hinaus finden Erstberatungen zur Schuldnerberatung, zur psychosozialen Betreuung und zur Suchtberatung statt. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft verstärkt mit einer Mitarbeiter*in das Jugendamt Treptow-Köpenick, mit zwei Mitarbeiter*innen das Bezirksamt Treptow-Köpenick und mit einer Mitarbeiter*in die Jugendberufsagentur im Bezirk.

Ziel der Jugendberufsagentur ist es, jedem Jugendlichen bis 25 Jahren zu einem Berufsabschluss zu führen. Da unter den Geflüchteten überdurchschnittlich viele Menschen zwischen 16 und 25 Jahren sind, die aufgrund ihrer durch die Flucht unterbrochene Bildungsbiographie keinen Berufsabschluss haben, kommt der JBA eine zentrale Rolle in der Vermittlung nachhaltiger Bleibe- sowie beruflichen Zukunftsperspektiven für Geflüchtete zu.

Seit dem 19.02.2018 werden Kund*innen unter 25 Jahren (U25) mit einem Sprachniveau unter B1 grundsätzlich vom Team 614 im Jobcenter am Standort Groß-Berliner Damm 73 a-e betreut. Ausgenommen von dieser Änderung der Zuständigkeit sind alle Schülerinnen und Schüler. Diese werden weiterhin am Standort Pfarrer-Goosmann-Straße in der Jugendberufsagentur betreut. Darüber hinaus wird ab dem 19.02.2018 die Kundengruppe U25 mit Berufsabschluss im Team 623 in der Jugendberufsagentur am Standort Pfarrer-Goosmann-Straße 19 betreut, bisher erfolgte die Betreuung noch im Team 611 im Jobcenter am Standort Groß-Berliner Damm.

4.3.2 Jobcenter Treptow-Köpenick

Das Jobcenter ist eine gemeinsame Einrichtung des Bezirksamtes Berlin Treptow-Köpenick und der Agentur für Arbeit Berlin Süd. Mit dem Handlungsfeld „Herausforderungen durch Zuwanderung, Flucht und Asyl“ wurde ab 2016 ein neuer geschäftspolitischer Schwerpunkt gesetzt, der auch in 2017 eine besondere operative Herausforderung darstellen wird. Um den vielfältigen Unterstützungsbedarfen der seit 2015 hohen Anzahl an Geflüchteten als Kund*innen des Jobcenters gerecht zu werden, hat das Jobcenter Treptow-Köpenick ein Spezialteam mit der Migrationsbeauftragten des Jobcenters als Leiterin

eingesetzt, das ausschließlich für Geflüchtete U25 und Ü25 mit einem Sprachniveau bis B1 für die Flüchtlinge der sogenannten TOP 8 (jetzt noch 5) Länder mit positiver Bleibeperspektive – Syrien, Irak, (Afghanistan), Eritrea, (Pakistan), Iran, Nigeria und Somalia zuständig ist

5. SACHSTAND UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

5.1 Ausbau grüner, sozialer und Bildungsinfrastruktur

Der prognostizierte Bevölkerungszuwachs im Bezirk erfordert unabhängig von der Zuwanderung durch Geflüchtete die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum sowie den Ausbau und die Qualifizierung der sozialen und grünen Infrastruktur. Ein zielgruppenspezifischer und bedarfsgerechter Ausbau grüner, sozialer und Bildungsinfrastruktur sowie dessen Qualifizierung, wie es im Sozialen Infrastrukturkonzept für den Bezirk detailliert dargestellt wird, ist auch Grundlage für eine erfolgreiche Integration der Geflüchteten, die im Bezirk auf Dauer leben werden.

Entsprechende Handlungsbedarfe und Maßnahmen zum Stand der Kitabetreuungsplätze, der Grundschulplätze, zu weiterführenden Schulen, Jugendfreizeit-, Senior*innen- und Nachbarschaftseinrichtungen, Bibliotheksstandorten, Volkshochschulen sowie wohnungs- und siedlungsnahen Grünflächen, Spielplätzen und Sportanlagen werden im Sozialen Infrastrukturkonzept (Slko) detailliert für den gesamten Bezirk sowie auf Ebene der Bezirksregionen benannt.

Handlungsempfehlungen

- Für den gesamten Bezirk besteht Handlungsbedarf vor allem in der Ausweisung und Qualifizierung von Flächen für Wohnungsneubau, den Infrastrukturarten Kinderbetreuung und Schule, sowie der Einrichtung bzw. Qualifizierung von Begegnungsorten und Nachbarschaftszentren. Die Erweiterung bestehender Standorte reicht dafür nicht aus, um den zukünftigen Bedarf zu decken, daher ist die Qualifizierung weiterer Standorte dringend erforderlich. Bei der Planung von Sozialwohnungen sollten Geflüchtete explizit mit berücksichtigt werden, parallel sollte die Planung von Wohnungen für Geflüchtete immer auch Menschen mit im Blick haben, die vergleichbare Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt haben.
- Die Handlungsbedarfe bei den Infrastrukturarten Kita, Grundschule und wohnungsnahes Grün ballen sich in den Bezirksregionen Johannisthal, Niederschöneweide, Adlershof, Nord-Grünau, Köllnische Vorstadt und Altstadt-Kiez, sie werden als "prioritäre Räume" bezeichnet.
- Die jährliche Aktualisierung des Berichts stellt angesichts der derzeitigen Anforderungen an die räumliche Planung eine besondere Herausforderung dar. Deshalb ist geplant, regelmäßige Sitzungen in einer verdichtet tagenden AG Sozialraumorientierung (AG SRO) für die Infrastruktur durchzuführen. Hier sollen die aktuellen Fragestellungen mit allen betreffenden Fachämtern (und ggf. den zuständigen Senatsressorts) abgestimmt werden.

5.2 Integration in die Nachbarschaft

5.2.1 Einrichtung der Unterkunft

Die Einrichtung einer Unterkunft erfolgte in 2015/16 zum Teil sehr kurzfristig und war nicht immer planbar. Aus diesen Erfahrungen ist eine Struktur entstanden, die über die Koordination des Integrationsbeauftragten ein abgestimmtes Handeln der relevanten Fachämter ermöglicht. Die Ressourcen und Kenntnisse der Regionalkoordinator*innen in Bezug auf Strukturen und Netzwerke in den Bezirksregionen sollten gerade in der Ankommens-Phase genutzt werden. Sie sollten aufgrund ihrer lokalen Kompetenzen bereits in die Überlegungen zur Auswahl von Standorten für Unterkünfte einbezogen werden.

5.2.2 Einbindung der Nachbarschaft

Eine zentrale Grundlage, um Akzeptanz und Verständnis für Geflüchtete zu schaffen, ist es, die Anwohner*innen von Seiten der Verwaltung „frühzeitig kurzfristig“ zu informieren und einzubinden, damit für die notwendige Transparenz zu sorgen und somit die Grundlagen für eine gemeinsam mit ehrenamtlich tätigen Bewohner*innen aufzubauende lokale Integrationskultur zu legen.

Good Practice

So leistete die erste Bürger*innenveranstaltung in Adlershof²⁰ zur Information über die Eröffnung der Unterkunft einen entscheidenden Beitrag zum Verständnis und zur Aktivierung von Engagement in der Bevölkerung, die dem Vorhaben zunächst teilweise ablehnend gegenüberstand. Die Nachbar*innen haben mit Unterstützung des Integrationsbeauftragten und der Regionalkoordinatorin einen Runden Tisch gegründet, der weitgehend selbstorganisiert arbeitete. Auch eine Sprechstunde für Geflüchtete wurde durch den Runden Tisch angeschoben, koordiniert und durch Ehrenamtliche je nach Fähigkeiten und Ressourcen umgesetzt.²¹

In der Bezirksregion Allende-Viertel wurde eine seit den 90er Jahren bestehende ehemalige Flüchtlingsunterkunft bereits 2013 instandgesetzt. Der Bezirk wusste von daher frühzeitig, dass das Gebäude für die Unterbringung von Geflüchteten genutzt werden wird und gründete im ersten Schritt einen Runden Tisch, an dem Multiplikator*innen aus der Nachbarschaft, Vertreter*innen aus der Politik, einzelne Fachämter und Vertreter*innen der Polizei zusammengebracht wurden. So konnten Maßnahmen zur Eröffnung der Unterkunft von Anfang an gemeinsam geplant werden, u.a. eine Informationsveranstaltung, die neben den Bürger*innen mit dem Bezirksbürgermeister, dem Integrationsbeauftragten und der zuständigen Stadträtin prominent besetzt war. Als hilfreich erwies sich auch die frühzeitige Einbindung der Polizei, die als Ansprechpartnerin für Bewohner*innen einen erheblichen Beitrag zum wirksamen Abbau von Ängsten und Vorbehalten gegenüber Flüchtlingen leistete.

²⁰ Die Bezirksregion übernimmt als etablierter Universitäts- und Forschungsstandort eine wichtige überbezirkliche Integrationsfunktion, insbesondere für studierfähige Geflüchtete und Akademiker*innen.

²¹ Derzeit ruht der Runde Tisch, da aktuell kein Koordinationsbedarf besteht.

Die Öffentlichkeitsarbeit für die Veranstaltung erfolgte zu einem großen Teil informell durch die Bewohnerschaft. Bei der Eröffnung des zweiten Unterkunftsstandortes unterstützte die Bürgerinitiative Allende Hilft 2 die Regionalkoordinatorin der SPK bei der Aktivierung der Nachbarschaft.

Auch in Altglienicke haben die benachbarten Bewohner*innen die Arbeit des Integrationsbeauftragten und der Regionalkoordinatorin durch die Gründung eines Runden Tisches zur Erstversorgung von Flüchtlingen unterstützt. Für die gesellschaftliche Akzeptanz der Flüchtlingsaufnahme, aber auch für Fragen des Zusammenhalts ist es erforderlich, konkret auf die Sorgen der Bürger und Bürgerinnen einzugehen.

„Die unterschiedlichen Reaktionsmuster auf die Folgen von Globalisierung und Vielfalt sind in der Flüchtlingskrise kulminiert. Gerade die Geschwindigkeit vieler Veränderungen und die Unsicherheit über die Folgen, auch für das persönliche Lebensumfeld, schlagen sich in massiven Abwehrreaktionen nieder. [...] Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich viele Bürger/Innen durchaus mit Veränderungen arrangieren können, wenn für sie - soweit möglich - Klarheit über die Entwicklung hergestellt wird.“²²

Das Akteurstreffen Altglienicke, das die relevanten Akteure vor Ort, z.B. der Unterkünfte, Koordination Willkommensklassen, Schulsozialarbeiter, BENN, Freizeitangebote etc. zusammenbringt, existiert weiterhin

In der BZR Johannisthal existiert für die Unterkunft am Groß-Berliner Damm ein funktionierendes Unterstützwerk mit allen notwendigen Akteur*innen, das durch den Träger der Unterkunft koordiniert wird und sich regelmäßig abstimmt. Die Initiative „Johannisthal hilft“ ist festes Mitglied und sehr engagiert.

In der BZR Köllnische Vorstadt / Spindlersfeld ist es gelungen, eine bis dahin nicht existente aktive ehrenamtliche Struktur von Bewohner*innen, die die Geflüchteten in Bezug auf die Erstversorgung in der Bezirksregion unterstützt, aufzubauen. So werden z.B. ehrenamtliche Deutschkurse durchgeführt, Patenschaftsprojekte initiiert oder Begegnungen von Geflüchteten mit Altbewohner*innen im Rahmen von Festen und Aktivitäten organisiert. Die als sozial schwach zu bezeichnende Region Köllnische Vorstadt hat deutlich gezeigt, dass auch in einem herausfordernden Planungsraum Ansätze des ehrenamtlichen Engagements aufgegriffen und eine zuverlässige Integrationskultur aufgebaut werden kann. Zudem waren Geflüchtete ein Anlass, den interkulturellen Austausch mit Kita- und Schulkindern im Sinne der politischen Bildungsarbeit erfolgreich anzustoßen und somit viele, vor allem von den Elternhäusern geprägte Vorurteile, mit den Kindern zu diskutieren und abzubauen. So wurden z.B. durch Fußballturniere oder das Drachenwiesenfest unterschiedliche Begegnungsanlässe geschaffen, die dazu beitrugen, die zum Teil ablehnende Haltung von Altbewohner*innen gegenüber Geflüchteten schrittweise abzubauen. Hierbei stand das vom Land Berlin als Familien- und Stadtteilzentrum unterstützte Campus Kiezspindel in der Rudower Straße als wichtigster Knotenpunkt im Planungsraum Köllnische Vorstadt zur Verfügung.

²² vhw werkSTADT, Nummer 03, März 2016, S. 10

Handlungsempfehlungen

- Frühestmögliche Transparenz bei Entscheidungsabläufen und Informationen der Anwohner*innen bereits bei der Planung bzw. Beziehung von Unterkünften, da Spekulationen in der Region zur Verunsicherung der Bevölkerung führen.
- Frühzeitige Informationen der Anwohner*innen auch schon vor einer Veranstaltung, dabei vielfältige Möglichkeiten zur Informationen nutzen, z.B. über einen Stand auf dem Marktplatz, einen Flyer.
- Die Regionalkoordinator*innen verfügen über breite Kenntnisse und Kontakte zu Akteur*innen und bestehenden Netzwerken, die für die Verbreitung von Informationen und die Aktivierung von freiwilligem Engagement unbedingt genutzt werden sollten.
- Die Gründung des Runden Tisches durch Akteur*innen der Zivilgesellschaft, von Politik und Verwaltung und Einrichtungen vor Ort noch vor der Bürgerinformationsveranstaltung hat sich als sehr hilfreich erwiesen, da so die Veranstaltung gemeinsam geplant und umgesetzt werden konnte..
- Bestehende Unterstützungsstrukturen für die Zielgruppe Geflüchtete nutzen und weiter fördern, in relevante Gremien (bspw. Koordinationstreffen mit Trägern der Unterkunft und Verwaltung) aktiv einbinden.
- Peer-to-Peer Ansatz: Aktivierung und Förderung von Freiwilligen, die Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit in der Nachbarschaft leisten können.
- Gelungene Erstversorgung in den Regionen als „Gute Praxis“ medial verbreiten und Wissenstransfer anbieten.
- Nutzung der vorhandenen lokalen Vernetzungen, beispielsweise der „Runden Tische“ in den betroffenen Bezirksregionen zur qualitativen Erhebung von Bedarfen zur Anpassung und Qualifizierung der grünen, sozialen und Bildungsinfrastruktur.

5.2.3 Etablierung und Stärkung der sozialen Angebotsstruktur sowie der Arbeitsstrukturen mit und für Geflüchtete

In den letzten zwei Jahren sind sowohl auf haupt- als auch ehrenamtlicher Ebene zahlreiche soziale Unterstützungsangebote für Geflüchtete entstanden, die im Rahmen dieses Konzeptes nicht detailliert ausgewertet werden können. Die hier erwähnten Angebote wurden hauptsächlich von Teilnehmer*innen auf dem am 12.12.2016 durchgeführten Fachtag benannt.

Um Integration nachhaltig zu gestalten, sind folgende Punkte besonders hervorzuheben:

- Kleinteilige Angebote in den Unterkünften sollten gemeinsam mit den Bewohner*innen und Multiplikator*innen entwickelt und abgestimmt werden. Sowohl die haupt- als auch die ehrenamtlichen Angebote sollten auf der Grundlage von gemeinsamen Zielvereinbarungen regelmäßig

durch die zuständigen Fachämter und Beauftragten im Bezirk ausgewertet und freie Träger beim Erhalt und Ausbau ihrer Angebote entsprechend unterstützt werden.

- Angebote außerhalb der Unterkünfte sollen nach Möglichkeit an bestehende Nachbarschafts- und Freizeiteinrichtungen angebunden werden. Von daher sind sowohl die Identifizierung und Qualifizierung neuer Standorte als auch die Weiterentwicklung von bestehenden Nachbarschaftseinrichtungen wie z.B. das Bürgerhaus Altglienicke, Kinder- und Jugendzentren und Einrichtungen für Senior*innen wie z.B. die KIEZKLUBS von zentraler Bedeutung in Bezug auf die nachhaltige Stärkung der sozialen Angebotsstruktur.

Weiterhin wurden folgende Bedarfe und nachahmenswerte Praxisbeispiele benannt:

- Ansprechpartner*in zum Thema Religionen benennen sowie ggf. Vernetzung mit neuen Kooperationspartner*innen (bisher ein ungedeckter Bedarf).
- Freizeitaktivitäten für Kinder durch Einrichtungen wie das FEZ Wuhlheide, der Mehrgenerationsgarten BUDE, den Kinder- und Jugendzirkus CABUWAZI, den Abenteuerspielplatz WASLALA, die Jugendfreizeiteinrichtung Würfel im Allende-Viertel oder das ReMiLi - Jugendschiff dringend ausbauen und fördern. Dabei sollte berücksichtigt werden, vor allem bestehende Angebote für Geflüchtete interessant zu gestalten und damit zu öffnen. Gleichzeitig müssen natürlich dort, wo es nötig ist, Schutzräume entstehen, z.B. durch spezielle Angebote für Mädchen.
- Nachbarschaftsfeste wie z.B. das Allende-Fest fördern.
- Einrichtung von interkulturellen Gemeinschaftsgärten, dazu sollten die Interessen der Geflüchteten gegenüber der Senatsbeauftragten „Urban Gardening“ vertreten werden.
- Plattform zur Vernetzung von ansässigen und geflüchteten Künstler*innen schaffen.
- Zielgruppenspezifische Beratung und Angebote, insbesondere für Frauen und Kinder einrichten bzw. ausbauen. Angebote wie das Beratungsangebot EFB Fröbel e.V. für Familien in der GU Radickestraße, Mutter-Kind-Gruppen, Hebamme Märkisches Bildungswerk haben sich laut Teilnehmer*innen des Fachtags bewährt.
- Projekt „Willkommen in Alt-Glienicke“ (FIPP e.V.) - Netzwerkstelle für Menschen mit Fluchterfahrung im Ortsteil Altglienicke, die träger- und ressortübergreifend arbeitet. Dabei sollen aktuelle Bedarfe aufgegriffen, Angebote für Kinder, Jugendliche und deren Familien gebündelt und koordiniert werden.

5.3 Verbesserung der Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten

5.3.1 Ehrenamtliche

Der beste Weg, gesellschaftliche Teilhabe zu stärken, ist die Unterstützung Geflüchteter durch persönlichen Kontakt, darauf haben nahezu alle Interviewpartner*innen hingewiesen. Diese Form der Unterstützung ist kosten- und zeitintensiv und nur durch zusätzliches ehrenamtliches Engagement aus der Bevölkerung zu leisten. Von daher ist ein professionelles Freiwilligenmanagement, wie es u.a. durch die STERNENFISCHER umgesetzt wird, erforderlich. Die folgenden Handlungsempfehlungen wurden auf der Basis der Dokumentation des Fachtags am 12.12.2016, den Gesprächen mit den Integrationsmanagerinnen von BENN und den Veranstaltungen „Integration im Dialog“ im Bezirk Treptow-Köpenick und dem 14. Fachtag „Bildungslandschaften II“ des Runden Tisches für Jugend, Soziales und Kultur zusammengestellt.

Handlungsempfehlungen

- Aufgaben und Strukturen der Ehrenamtlichen in den Unterkünften sind zu konkretisieren. Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Einrichtungsbetreiber sind klar zu benennen. Hier herrscht mitunter Unklarheit, was zu Frustration und Überlastung von Engagierten führen kann. Interessenkonflikte zwischen Betreibern, Bewohner*innen und Engagierten sind normal und nicht auszuschließen.
- Jeder Einrichtung sollte eine Ehrenamtskoordination zur Verfügung stehen.²³
- Eine Möglichkeit zu mehr Transparenz und Klarheit können schriftliche Engagement-Vereinbarungen sein. Diese Vereinbarungen sollten jedoch keine bürokratische Hürde werden. Die wesentlichsten Inhalte können z.B. sein: Aufgabenbeschreibung der Engagierten, Hinweise zum Versicherungsschutz, Kontaktinformationen.
- Zur Problemlösung sollte professionelle Begleitung zur Verfügung stehen. Das kann z.B. durch Coaching, interkulturelle Sensibilisierung (insb. bei Flüchtlingen und Ehrenamtlichen) oder Supervision geschehen.
- Weiterbildungsmöglichkeiten zur Förderung interkultureller Kompetenzen, Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und Fremdsprache bzw. leichter Sprache schaffen.
- Wissenstransfer - die vorhandenen Erfahrungen einzelner Initiativen sollten anderen Ehrenamtlichen zur Verfügung gestellt werden. Dazu sollten Kommunikationskanäle und Netzwerke etabliert werden, z.B. in Form eines regelmäßigen und moderierten Austauschs der Ehrenamtlichen

²³ Dieses Ziel ist nahezu erreicht, einzig in zwei Einrichtungen ist derzeit keine Ehrenamtskoordination vor Ort. In Einrichtungen mit weniger als 500 Bewohnerinnen und Bewohner sind Koordinator*innen mit entsprechend reduzierten Stundenumfang eingesetzt.

untereinander. Dies ist bereits in Form der AG Ehrenamt als Ergebnis der ersten Ehrenamtsbörse im Februar 2018 geplant.

- Die Ehrenamtlichen könnten in den „Sozialkommissionen/Sondersozialkommissionen“ des Amtes für Soziales mitarbeiten. Über die Sozialkommissionen stehen gegebenenfalls Schulungsmöglichkeiten und Aufwandsentschädigungen zur Verfügung.²⁴
- Grenzen von Ehrenamt erkennen und benennen. Das Ehrenamt darf keine professionellen oder staatlichen Strukturen ersetzen.²⁵
- Ehrenamtliche benötigen niedrigschwellige Kommunikationsmöglichkeiten in Richtung Politik und Verwaltung. Diese stehen nur „geübten und erfahrenen“ Helfer*innen zur Verfügung, die sich im politisch-administrativen System des Bezirks auskennen. Zum einen sollte die Anerkennungskultur für Ehrenamtliche auf politischer Ebene weiterentwickelt werden, wie z.B. bei der Eröffnung des Café Quitte, als den Ehrenamtlichen und den geflüchteten Bewohnerinnen und Bewohnern eine Urkunde als Form des Dankes vom Bürgermeister überreicht wurde. Zum anderen sollten leicht und unbürokratisch zugängliche Coaching- oder Supervisionsangebote für weniger erfahrene ehrenamtliche Helfer*innen eingerichtet werden.
- Regionalkoordinator*innen übernehmen eine wichtige Multiplikator*innenfunktion insbesondere für ehrenamtliche Engagierte, sie sichern die Rückkopplung der Informationen in das Bezirksamt, in die Fachämter und die Politik bzw. können durch die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen wie Ortsteilkonferenzen zur Vernetzung der Akteure beitragen.
- Hauptschwerpunkte für das FEIN-Mittel-Pilotprojekt „Bunte Nachbarschaft im Allende-Viertel Berlin“ waren die Unterstützung von integrativen Prozessen, die Aktivierung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements sowie Hilfe zur Selbsthilfe, die Vernetzung und Nachbarschaftspflege sowie die Förderung der Nachhaltigkeit des ehrenamtlichen Engagements und die Verstärkung durch Identifizierung mit dem Wohnumfeld. Das Pilotprojekt konnte 2017 durch die Einrichtung eines BENN-Prozess verstetigt werden.

²⁴ Dieser Punkt wurde bereits seitens der Ehrenamtskoordinatorin des Integrationsbeauftragten thematisiert und wird zukünftig in die Austauschrunden zum Bürgerschaftlichen Engagement getragen

²⁵ Leitlinie Nr. 2 der „Leitlinien für die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements des Bezirksamtes Treptow-Köpenick von Berlin“ 2011, http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/_assets/aemter-und-se/soziales/pdf/veroeffentlichungen/leitlinien_zur_foerderung_buergerschaftlichen_engagements.pdf

5.3.2 Geflüchtete

Information und Orientierung

Geflüchtete müssen sich in der Phase des Ankommens zunächst orientieren und informieren. Dem stehen über eine lange Zeit Sprachbarrieren im Weg, die zunächst durch mehrsprachige Öffentlichkeitsarbeit für Flüchtlinge überwunden werden müssen. Die bezirklich relevante Webseite des Integrationsbeauftragten „refugees welcome“ steht auf Deutsch zur Verfügung und richtet sich an eine am Thema interessierte, deutschsprachige Öffentlichkeit sowie Multiplikator*innen der Flüchtlingsarbeit im Bezirk.

Ergänzend wurden neue Informations- und Austauschformate zur Integrationsarbeit in Treptow-Köpenick auf Facebook eingerichtet.²⁶ Die beiden Angebote richten sich an zugewanderte Menschen sowie an alle, die am Thema Integration, insbesondere in Treptow-Köpenick, interessiert sind. Die Facebook-Gruppe „Willkommen in Treptow-Köpenick“ bietet eine Austauschplattform, die mit Unterstützung der hauptamtlichen Beratungsangebote im Bezirk für alle Fragen rund um die Zuwanderung, aber auch für Möglichkeiten der Begegnung im Bezirk, zur Verfügung steht. Der Auftritt „Bezirksamt Treptow-Köpenick – Integration“ soll als Informationsplattform für alle Hinweise, Angebote und Veranstaltungen dienen, die mit dem Bereich Integration zusammenhängen und die Vielfalt des Bezirkes verdeutlichen.

Eine Mehrsprachigkeit der Facebook Formate und auch bestehenden Internetseiten ist angestrebt, doch z.Z. nicht durchgängig zu leisten. Die Facebook-Gruppe „Willkommen in Treptow-Köpenick“, die von InteraXion verwaltet wird, plant durch die Nähe zu den Lotsinnen und Lotsen öfter mehrsprachige Informationen zu liefern. Das Projekt InteraXion stellt bereits diverse Handreichungen und Leitfäden auf seinem Blog²⁷ mehrsprachig zur Verfügung, insbesondere zur Wohnungssuche.

Um den Neu-Berlinerinnen und Neu-Berlinern, aber auch den vielen Unterstützerinnen und Unterstützern, einen Überblick über die vielfältigen Angebote in Treptow-Köpenick und berlinweit präsentieren zu können, hat der Bereich Integration im Büro Bezirksbürgermeister in enger Zusammenarbeit mit dem Projekt InteraXion einen Wegweiser erarbeitet. Der Wegweiser bietet eine gute Orientierung für die - nicht immer einfachen Strukturen - der Verwaltung und der Akteurslandschaft und soll das Ankommen in Treptow-Köpenick erleichtern. Dieser steht ab dem 01.03.2018 bereits auf Deutsch zur Verfügung, soll sukzessive jedoch in den Sprachen Arabisch, Englisch, Italienisch, Persisch, Polnisch, Russisch und Vietnamesisch herausgegeben werden. Die erste Druckauflage wurde im März auf Englisch herausgebracht und in den Unterkünften für geflüchtete Menschen und den Beratungseinrichtungen verteilt.²⁸

²⁶ „Willkommen in Treptow-Köpenick!": <https://www.facebook.com/groups/640893109419012/>, „Bezirksamt Treptow-Köpenick – Integration": <https://www.facebook.com/pg/IntegrationBATK>

²⁷ Siehe <http://www.interaxion-tk.de/index.php/de/blog/wohnraum>

²⁸ Den Wegweiser als PDF zum Download sowie alle aktuellen Informationen zum Wegweiser finden Sie unter <http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration>

Handlungsempfehlungen

- Die Geflüchteten können zum Teil trotz vorliegenden mehrsprachigen Informationsmaterialien nur schwer nachvollziehen, welche Stellen für ihre Anliegen zuständig sind und wie die Abläufe sind. Dem persönlichen Gespräch bzw. einer Begleitung kommt eine herausgehobene Bedeutung für die Informationsbeschaffung zu. Neben der Förderung des Ehrenamts müssen von daher die hauptamtlichen Strukturen wie die in den Unterkünften tätigen Sozialarbeiter*innen und Integrationslots*innen personell verstärkt und eine standardisierte Qualifikation der Integrationslots*innen sichergestellt werden.

Beteiligung in den Unterkünften

Grundlegend für die Motivation zur Beteiligung sind entsprechende Rahmenbedingungen für die Geflüchteten, die ohnehin durch vielfältige Probleme, wie die Sorge um die Familie im Heimatland und vor Ort oder die Wohnraumsituation belastet sind. In den Unterkünften besteht durchaus Bereitschaft der Bewohner*innen, sich an der Entwicklung und Umsetzung von Angeboten zu beteiligen, hier scheitert die Durchführung z.B. an Fragen zur Haftung bei Unfällen oder Verletzungen. Ein mögliches Format der Beteiligung ist die Einrichtung von Beiräten in den Unterkünften, es sollte allerdings geklärt werden, welche Funktion und Entscheidungskompetenzen diese Räte haben.

Handlungsempfehlungen

- Unterstützung der Selbstorganisation gegebenenfalls zur Übernahme einer Multiplikator*innenfunktion von Flüchtlingen durch Qualifizierungsmaßnahmen, Projektmitteln etc.
- Unterstützung von Weiterbildungsmaßnahmen von Flüchtlingen zur Förderung ihrer sozialen und kommunikativen Kompetenz
- Geflüchtete sollen in die Lage versetzt werden, Bedarfe an entsprechender Stelle zu formulieren, z.B. durch einen "Runden Tisch Migrant*innen und Politik". Die Bürgerplattform Süd-Ost unterstützt die Partizipation Geflüchteter und versucht aktuell im Rahmen eines Projektes eine Interessenvertretung Geflüchteter zu etablieren.

Um eine nachhaltige Integration in das soziale Umfeld auch nach dem Umzug in eine eigene Wohnung sicherzustellen, sollten Orte der Begegnung im Bezirk ausgebaut und neue Stadtteilzentren geschaffen werden.

5.4 Integration durch Spracherwerb

Grundlegend für eine nachhaltige Teilhabe an der Stadtgesellschaft ist der Spracherwerb. Auf bezirklicher Ebene ist die Volkshochschule, in Person der Leitung des Programmbereichs Deutsch als Fremdsprache für die Umsetzung der Integrations- und Geflüchtetenkurse, zuständig. In folgenden drei Feldern bietet die VHS Produkte an:

- Integrationskurse, die über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gefördert werden, die Kurse sind für alle nicht mehr schulpflichtigen Erwachsenen mit positiver Schutzanfrage zugänglich.²⁹
- Geflüchtetenkurse, die über das Land Berlin gefördert werden, sie richten sich an Menschen, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus keinen Zugang zu den Integrationskursen haben
- Erstorientierungskurse, die seit Juli 2017 für ein Jahr über das BAMF gefördert werden, die Zielgruppe ist die gleiche wie die der Geflüchtetenkurse

Darüber hinaus werden freie Programme angeboten, die von den Teilnehmer*innen selbst finanziert werden müssen, z.B. Prüfungstrainings für Integrationskurse, oder Kurse, deren Sprachniveau (B1, B2, C1) über den Integrationskursen liegen. Die VHS hat dazu eine Beratungsstelle am Standort Baumschulenstraße eingerichtet, die u.a. zu geeigneten Kursarten berät. Die Kund*innen kommen teilweise auch aus anderen Bezirken.

Neben der VHS gibt es mehrere durch das BAMF zur Durchführung von Integrationskursen zugelassene freie Träger im Bezirk, was jedoch nicht heißt, dass diese Träger aktuell und kontinuierlich Kurse durchführen. Geflüchtetenkurse werden im Bezirk nur von der VHS durchgeführt und sind ausschließlich in der VHS-Datenbank im Internet zu finden.

Der VHS steht mit den freien Trägern in Kontakt, dennoch gestaltet sich die Abstimmung mit den VHS-Kolleg*innen aus Nachbarbezirken wie Neukölln oder Lichtenberg aufgrund der bereits bestehenden Netzwerke und Runden einfacher. So finden alle zwei bis drei Monate bezirksübergreifenden Runden der VHS statt, im System der VHS kann einfach auf Angebote zugegriffen werden, die derzeit nicht von VHS im Bezirk angeboten werden, wie z.B. Alphabetisierungskurse.

Veröffentlichung und Verbreitung der Angebote

Die durch das BAMF betriebene Datenbank KURSNET wird aktuell abgelöst, ab 01.02.2018 erscheinen alle Kurse über PLZ-Suche in einem neuen, ebenfalls durch das BAMF betriebenen System, das mehr Transparenz bieten soll als das bisherige. Die Datenbank muss gepflegt werden, dazu sind alle beteiligten Träger verpflichtet. Diese Pflege zieht einen Mehraufwand auch für die VHS nach sich, entsprechend erforderliche Stellenanteile sollten über das BAMF zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus ist durch das BAMF eine Zentrale Aufnahmestelle in Tempelhof eingerichtet worden, die auf alle Kursangebote in Berlin zugreifen und entsprechend freie Plätze zuweisen kann. Auch der Bezirk kann auf diese Datenbank zugreifen und ihre Kunden auf diese Kurse hinweisen. Aus Sicht der VHS ist eine bezirkliche Datenbank von daher nicht erforderlich, da in diesem Fall zwei Datenbanken gepflegt werden müssten.

Informationen über Beratungs- und Kursangebote der VHS und der freien Träger erfolgen in erster Linie über die Sozialarbeiter*innen in den Unterkünften und das Netzwerk Integration. Die Angebote sind den

²⁹ Für Neueinwanderer besteht seit Inkrafttreten des Integrationsgesetzes Ende Juli 2016 eine Teilnahmepflicht.

Bewohner*innen der Unterkünfte in der Regel bekannt, dafür spricht, dass das Angebot an Integrationskursen gerade ausgebaut wurde. Dennoch landen nicht alle potentiell Interessierten in den Kursen. Da sie zumeist außerhalb der Unterkünfte stattfinden, stellen Kurszeiten und fehlende Kinderbetreuung die größten Hindernisse dar, insbesondere für Frauen die berechtigt sind, Integrationskurse zu besuchen. Durch die unterschiedliche Finanzierung der Integrations-, Geflüchteten- und Erstorientierungskurse muss jeweils geklärt werden, wer die Kosten für die Kinderbetreuung übernimmt. Hinsichtlich der so wichtigen Kundenbetreuung besteht ein Dilemma. Auf der einen Seite muss hier sichergestellt werden, dass eine professionelle, beständige und qualitätsvolle Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt wird, auch um den Kinderschutz gewährleisten zu können. Auf der anderen Seite ist es schwierig geflüchtete Frauen in eine annähernd familienfreundliche Lernsituation zu bringen. So bleibt oft kein anderer gangbarer Weg als der der ehrenamtlichen Organisation.

Berufsbezogene Sprachangebote

Die Durchführung der berufsbezogenen Deutschsprachförderung nach Deutschsprachförderverordnung („DEUFöV“), die am 01.07.2016 in Kraft trat,³⁰ ist ebenfalls Aufgabe des BAMF. Die VHS Treptow-Köpenick hat sich Ende 2017 erfolgreich um die Zulassung zur Durchführung von sogenannten Basis-Module beworben, der Leiter der Programmbereiche ist aktuell dabei, diese Kurse zu planen und Räume, Referent*innen und Teilnehmende zu finden, wofür es Zeit und Ressourcen braucht – vor allem geeignete Räume sind knapp.

Potentielle Teilnehmer*innen benötigen eine entsprechende Zulassung durch das Jobcenter, hier bestehen bereits gute Kontakte zu dem im Jobcenter eingerichteten Spezialteam, um Zielgruppen, Integrationskurse und berufsbezogene Sprachangebote aufeinander abzustimmen. Es gibt bereits Träger mit einer Zulassung für diese Kurse im Bezirk, analog zu den Integrationskursen bedeutet es nicht, dass die Kurse auch angeboten werden. Eine Übersicht ist beim BAMF vorhanden, es gibt auch Treffen von Anbietern im Bezirk, die durch das Jobcenter koordiniert werden, die VHS wird künftig an diesen Treffen teilnehmen.

Für die Durchführung von Spezialmodulen z.B. in den Bereichen Pflege oder Handel hat sich die VHS noch nicht um eine Zulassung bemüht. Die Bestehensquoten sind bisher eher gering, auf der Ebene des BAMF werden aktuell weitere Erfahrungen gesammelt. Ziel der VHS ist es, im Jahr 2018 ein Basis-Modul zur berufsbezogenen Sprachförderung durchzuführen und nach Auswertung der Nachfrage entsprechend die Angebote auszuweiten.³¹ Dafür sind weitere Ressourcen erforderlich.

Die Träger sind durch die Fördermittelgeber verstärkt angehalten, Rückmeldungen zur Kursplanung und zu den Teilnahmequoten zu geben. Diese Rückmeldungen sind wichtig, müssen allerdings für die Träger handhabbar bleiben.

³⁰ Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung (Deutschsprachförderverordnung - DeuFöV), https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/ESF/01_Grundlagen/vo-berufsbezogene-deutschsprachfoerderung.html

³¹ z.B. auch auf die Regelung zum Familiennachzug im Rahmen der Koalitionsvereinbarungen

Ehrenamtliche Sprachförderangebote in den Unterkünften

Für die Teilnehmer*innen ist es aus Sicht der VHS wichtig, im Idealfall ein Angebot zu haben, das strukturiert ist, ein Curriculum hat und durch eine Teilnahmebestätigung bzw. durch einen Nachweis über das Sprachniveau z.B. in Form einer Prüfung abgeschlossen werden kann.

Ehrenamtliche Angebote sind aus Sicht der VHS vor allem als Ergänzung zu den hauptamtlichen Angeboten wichtig, weil sie flexibler und individueller reagieren können und formale Bedingungen wie z.B. 400 Stunden nicht erbringen müssen. Da einem Geflüchteten nicht mehr als 400 Stunden Sprachkurs gewährt werden darf, können ehrenamtliche Angebote ergänzend greifen, auch Ferienzeiten können so überbrückt werden. Dazu kommt der wichtige informelle Kontakt mit den Geflüchteten. Organisationen wie Sprungbrett e.V. organisieren Sprachkurse auf ehrenamtlicher Basis und sind wertvolle Vermittler für die VHS.

Handlungsempfehlung

- Grundlegend für die Motivation und den Lernerfolg sind entsprechenden Rahmenbedingungen für die Geflüchteten, die ohnehin durch vielfältige Probleme, wie die Sorge um die Familie im Heimatland oder die Wohnraumsituation vor Ort belastet sind. Ganz konkret fehlt es an Kinderbetreuung und Lern- und Ruheräumen in den Unterkünften. Von daher müssen Kinderbetreuungsangebote und Raumkapazitäten geschaffen werden.
- Die dezentrale Beratung sollte beibehalten werden, die Abstimmung erfolgt über die AG Beratung im Bezirk.
- Konkurrenzsituationen sind zu vermeiden, das ehrenamtliche Engagement im Bereich der Sprachkurse in den Unterkünften muss mit den professionellen Angebot abgestimmt und über die Unterkunft bzw. die Stelle geleistet werden, wo die Kurse stattfinden, da der VHS keine Übersicht oder Liste über die ehrenamtlichen Angebote vorliegen.
- Austausch stärken, Multiplikator*innen möglichst alle erreichen, z.B. über eine Kontaktplattform bzw. -datenbank, auf die alle Personen zugreifen können, die bereits im Netzwerk Integration aktiv sind, ohne dass Mehrarbeit für das Büro des Integrationsbeauftragten entsteht

5.5 Integration durch Bildung

5.5.1 frühkindliche Bildung

Ein Kind, das in einer Unterkunft lebt, hat den Anspruch auf einen Kitaplatz. Die Beantragung des Kita-Gutscheins erfolgt über das Jugendamt, die Zuständigkeit im Land Berlin richtet sich nach dem Geburtsmonat bzw. dem Anfangsbuchstaben des ältesten Familienmitgliedes. Für das Antragsverfahren und die Suche nach einem freien Kitaplatz brauchen die Familien Unterstützung; Ansprechpartner*innen sind zunächst die Sozialarbeiter*innen in den Unterkünften.

Handlungsempfehlungen

- Auch wenn es im Bezirk ein großes Defizit an Kitaplätzen gibt, sollten Informationen über diese Betreuungsmöglichkeit sobald wie möglich nach Ankunft der Familien erfolgen.
- Kontakte von Geflüchteten zur Kitakoordination intensivieren, u.a. zur Unterstützung bei der Kitaplatzsuche.
- Das Projekt „Sprungbrett“ in Altglienicke (FIPP e.V.) als Brückenangebot für Kinder und Eltern mit Fluchterfahrung zum Einstieg in das Regelsystem der Kindertagesbetreuung und Kennenlernen des Sozialraumes stellt eine Gute Praxis dar. Das Format sollte von daher langfristig durch Fördermittel des Landes Berlin oder bezirkliche Unterstützung gesichert werden.
- Im Rahmen des Projektes "Berliner Modellkitas für die Integration/Inklusion von Kindern aus Familien mit Fluchterfahrung"³² nimmt die Humanistische Kita Rappelkiste in unmittelbarer Nachbarschaft der GU Allende II in der Alfred-Randt-Straße teil. U.a. sind die Modell-Kitas Ansprechpartner*innen zum Thema Integration und Inklusion von Kindern aus Familien mit Fluchterfahrung und bieten anderen Berliner Kitas die Möglichkeit der Konsultation nach dem Prinzip „Praxis berät Praxis“ an.

5.5.2 Grund- und Oberschulen

Laut Schulentwicklungsplan für den Bezirk sind „Für Flüchtlingskinder [...] jährlich etwa 150 Plätze in Willkommensklassen und im Regelbereich in der Hochrechnung berücksichtigt. Hierfür liegen keinerlei Erfahrungswerte vor. Deshalb wurden die offiziell erhobenen Daten zum Schuljahresbeginn 2015/16 zu Grunde gelegt.“³³

In Berlin besteht, sobald die entsprechenden Personen in Berlin leben, Schulpflicht unabhängig von Aufenthaltsstatus und -dauer vom ersten Tag an. Der Schulträger ist für die Einhaltung der Schulpflicht zuständig, d.h. der Träger nimmt die Anträge auf einen Besuch in einer Willkommensklasse auf, die Schulaufsicht stellt die Form der Beschulung fest, z.B. ob ein Alphabetisierungsbedarf besteht oder ob Besonderheiten in der Beschulung wie ein sonderpädagogischer Förderbedarf zu beachten sind. Der Schulträger weist die Plätze zu.

Die Koordinierungsstelle kooperiert als Teil des Verfahrens mit allen Erstaufnahmeeinrichtungen, Not- und Gemeinschaftsunterkünften im Bezirk, d.h. mit den dortigen beim jeweiligen Träger angestellten Sozialarbeiter*innen. Sobald Familien neu hinzuziehen, leiten die Mitarbeiter*innen Familien mit schulpflichtigen Kindern über ein für den Bezirk entwickeltes Antragsformular an den Schulträger weiter³⁴.

³² <http://www.integration-kitas.de/>

³³ Schulentwicklungsplan Treptow-Köpenick

³⁴ Zusätzlich erhält der Träger über die asylbearbeitenden Stellen diese Informationen, die Daten werden entsprechend abgeglichen.

Vor dem Eintritt in die Willkommensklasse ist der Besuch beim Kinder- und Jugendgesundheitsdienst erforderlich, es gibt eine schulärztliche Untersuchung, die sich auf den allgemeinen Zustand des Kindes bezieht. Nach Feststellung des Sprachstands leitet die Schulaufsicht die pädagogische Empfehlung an den Schulträger weiter, der wiederum die Zuweisung in die Willkommensklasse vornimmt.

In der Regel bestehen die Klassen aus durchschnittlich 12 Kindern, bei kurzfristigem Bedarf in Abhängigkeit von den Raumkapazitäten auch mehr. Es gibt laut Schulaufsicht aktuell keine Wartelisten für schulpflichtige Kinder, hat es im Bezirk auch zu keinem Zeitpunkt gegeben, da sehr viele Klassen eingerichtet werden konnten.

Grundschulen

Der Bezirk Treptow-Köpenick bringt die Kinder in Vorbereitungsklassen, den sogenannten Willkommensklassen stets in der der Unterkunft nächstgelegenen Grundschule unter.³⁵ Die Entscheidung im Bezirk für die Einrichtung von Willkommensklassen und gegen die Beschulung in Regelklassen begründete sich in der Einrichtung vieler Notunterkünfte und der damit einhergehenden hohen Fluktuation gerade im Jahr 2015 sowie in der Größe der Unterkünfte, wie es z.B. bei der Erstaufnahmeeinrichtung und Notunterkunft am Groß Berliner Damm mit einer Kapazität von über 500 Bewohner*innen der Fall war. In der nächst gelegenen relativ kleinen Grundschule wurden zeitgleich fünf Willkommensklassen eingerichtet, aktuell sind es noch zwei. Die hohe Anzahl an Willkommensklassen stellte auch für die eingesessenen Eltern und Kinder eine Herausforderung dar, von daher wurden die Eltern frühzeitig schriftlich informiert.

Insgesamt ist von allen Seiten Flexibilität gefragt, da die Aufenthaltsdauer in den Unterkünften und damit in den Schulen sehr unterschiedlich ist. So halten sich Familien in der GU Quittenweg (Tempohome) oder der GU Alfred-Randt-Straße als berlinweit erstes Containerdorf anders als bei einer Erstaufnahmeeinrichtung wie dem Schwalbenweg bis zu zwei oder drei Jahren auf.

Der Leitlinie der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie folgend, verbringen die Kinder in der Regel 12 Monate in einer Willkommensklasse³⁶, erfahrungsgemäß ist dies in der Grundschule nicht erforderlich. Die Handhabung zum Übergang von der Willkommens- in die Regelklasse fällt an den einzelnen Schulen unterschiedlich aus: teilweise werden die Kinder bereits einer Regelklasse zugeordnet und nehmen am Sport-, Kunst- oder Musikunterricht teil.

Die Hort- bzw. Ganztagsunterbringung wird empfohlen, jedoch wenig in Anspruch genommen, da die Familien ihre Kinder am Nachmittag erfahrungsgemäß gerne bei sich haben.

Oberschulen (Integrierte Sekundarstufe ISS)

Die Koordinierungsstelle ist für Jugendliche bis 16 Jahren bzw. für unbegleitete Jugendliche, die zumeist noch der 10jährigen Schulpflicht unterliegen, bis zur Volljährigkeit erste Anlaufstelle. Für begleitete Ju-

³⁵ Ausgenommen davon sind Kinder, die in der Schulanfangsphase, d.h. den ersten beiden Jahrgangsstufen an die Schule kommen, sie werden in die Regelklassen integriert.

³⁶ Leitfaden zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in die Kindertagesförderung und die Schule

gendliche ab 16 Jahren ist die Klärungsstelle für berufliche und zentral verwaltete Schulen in Mitte zuständig – nur über sie ist eine Zuweisung in die Oberstufenzentren möglich, die an das OSZ erfolgt, an dem ein Platz zur Verfügung steht. Die Erstinformationen über die Schulstruktur erfolgt über die Sozialpädagog*innen in den Unterkünften bzw. in den Jugendhilfeeinrichtungen.

Nach den Sprachstandserhebungen werden die Jugendlichen den Willkommensklassen an den Oberschulen (ISS) zugewiesen, der Fachunterricht wird durch die Regelkolleg*innen erteilt. Auch hier ist ein 12-monatiger Verbleib die Regel, das angestrebte Sprachniveau A2 wird jedoch häufig erst nach einem zweijährigen Verbleib in den Willkommensklassen erreicht. Dazu kommen Qualitätsunterschiede, was das Niveau A2 angeht. Die Klassen sind sowohl vom Alter als auch vom Bildungsstand her sehr heterogen zusammengesetzt – so sitzen Analphabet*innen, die auch in der Muttersprache nicht alphabetisiert sind, neben Schüler*innen mit höherem Bildungsstand. Die Beschulung stellt von daher eine große Herausforderung für die Pädagog*innen dar. Im Bezirk sind zwei Alphabetisierungsklassen an Oberschulen eingerichtet.

Ist ein Schulabschluss an der Oberschule aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich, kann der*die Jugendliche an einem sog. Berufsqualifizierenden Lehrgang (BQL) teilnehmen, Voraussetzung dafür ist der Sprachstand A2, hier kann ein Mittlerer Schulabschluss (MSA) erfolgen.

Die Begleitung der Jugendlichen durch die Koordinierungsstelle erfolgt in Abstimmung mit den zuständigen Pädagog*innen der Schulen und der Jugendhilfe, d.h. zum Ende jedes Schuljahres muss individuell in persönlichen Gesprächen geprüft werden, welche Beschulung weiterhin zielführend ist.

Qualifizierung des pädagogischen Personals

Das Personal an den Schulen mit Willkommensklassen wird mit einer Stelle pro Klasse aufgestockt, die über die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie finanziert wird. Auch nach Schließung einer Willkommensklasse bleiben 50 bis 80% der Stunden als Sprachförderstunden an der Schule. Schulen, die zunehmend migrantische Kinder beschulen, bisher jedoch keine Willkommensklassen hatten, erhalten ebenfalls Sprachförderstunden.

Es existieren zahlreiche Fortbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für das pädagogische Personal, wie z.B. die Fortbildungsreihe Deutsches Sprachdiplom, Fortbildungsreihen zur Alphabetisierung oder zum Erwerb interkultureller Kompetenzen. Schulbuchverlage haben sich in den letzten Jahren auf Materialien für Geflüchtete spezialisiert, diese fließen sukzessive auch in die Lehrwerke des Regelunterrichtes ein.

In jedem Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentrum (SIBUZ) für allgemein bildenden öffentlichen und privaten Schulen wurde eine zusätzliche schulpsychologische Stelle für die Begleitung der Willkommensklassen eingerichtet.

Handlungsempfehlungen

- Die Personal- und Raumkapazitäten bei allen Schultypen reichen nicht aus, um Willkommensklassen adäquat zu unterrichten und zu beraten. Hier herrscht für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie in Abstimmung mit dem bezirklichen Schulentwicklungsplan und dem

Sozialen Infrastrukturkonzept dringender Handlungsbedarf in Bezug auf Neu- und Ausbau bzw. Sanierung.

- Die Zahl der Schulsozialarbeiter*innen an den Grund- und Oberschulen und Gymnasien sollte deutlich erhöht werden – sie erreichen Eltern und Schüler*innen oft besser als das Lehrpersonal.
- Die Willkommensklassen bieten einen guten Rahmen, um Jugendlichen Beratungsangebote zu unterbreiten und sie intensiver in ihrem Prozess der Integration zu begleiten. Von daher ist die Begleitung durch sozialpädagogische Informations- und Beratungsangebote dringend notwendig, der Personalschlüssel muss erhöht werden. Aktuell gibt es lediglich eine Stelle im gesamten Bezirk für die Begleitung von 26 Willkommensklassen.
- Es wäre sicher notwendig zu evaluieren, ob dieses Modell für Integration Vorbild sein kann und ggf. auf alle Schulen übertragen werden sollte. Dies schließt natürlich immer die Weiterqualifizierung der entsprechenden Lehrkräfte ein solche Unterrichtssituationen pädagogisch begleiten zu können
- Entsprechende Vernetzung von Schulsozialarbeiter*innen, Lehrkräften, Jugendamt und Sozialarbeiter*innen in den Einrichtungen und Kitas fördern.
- Erwerb interkultureller Kompetenzen für Pädagog*innen stärken, da der Umgang mit kulturell heterogen besetzten Klassen im Bezirk keine Selbstverständlichkeit ist. So haben lediglich zwei Schulen in Treptow-Köpenick einen Anteil von Schüler*innen nicht deutscher Herkunftssprache von mehr als 40%.

5.6 Integration durch Qualifizierung, Ausbildung und Arbeit

Erwerbstätigkeit ist ein zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe. Von daher sind die Agentur für Arbeit bzw. die Jobcenter bestrebt, den langen Prozess der Integration in Ausbildung bzw. Arbeit nach Ankunft des*r Geflüchteten sobald wie möglich einzuleiten. Auch hier steht häufig zunächst der Spracherwerb im Vordergrund.

Jugendberufsagentur

Ziel der JBA ist es, die Jugendlichen auf der Schwelle von der Schule in die Ausbildung bzw. in den Beruf zu begleiten. Bei Jugendlichen mit Sprachniveau unter B1 steht der Spracherwerb im Vordergrund, Voraussetzung für die Aufnahme einer Berufsausbildung ist mindestens B2, besser noch C1. Die JBA besucht dazu sowohl die Willkommensklassen in den Oberschulen als auch das Oberstufenzentrum „Wirtschaft und Sozialversicherung Herrmann Scheer“ und stellen ihre Angebote vor.

Die Jugendlichen bekommen in einfacher Sprache und mit vielen Bildern versehene Informationen zum deutschen Bildungs- und Ausbildungssystem. Es existiert in den Herkunftsländern kein vergleichbares duales Ausbildungssystem, in dem Geflüchtete entsprechende Zertifikate erwerben könnten. Die 15- bis

16-Jährigen bekommen darüber hinaus eine Einzelberatung, da alle Jugendlichen nach Abschluss der Willkommensklasse möglichst anschließend eine Perspektive erhalten sollen. Bereits während der Schulzeit finden Werkstatttage zur Einführung in handwerkliche Berufe, die über ESF und Senatsverwaltung gefördert werden, statt.

In der Regel sind die Schüler*innen mit Sprachniveau A2 nicht ausbildungsreif, d.h. Vorbildungen und mögliche Schulabschlüsse werden abgefragt. Wenn kein Abschluss vorliegt, wird der Abschluss Berufsbildungsreife (BBR) angestrebt. Die Lern- und Beratungsbedingungen in den Willkommensklassen sind teilweise durch Platz- und Personalmangel erschwert.

Wenn eine Ausbildung aufgrund fehlender Voraussetzungen nicht möglich ist, wird versucht, über Praktika in den Arbeitsmarkt zu vermitteln. Das soll jedoch die Ausnahme bleiben, der Großteil soll eine Ausbildung absolvieren. Viele Jugendlichen leben noch in den Unterkünften, die keine guten Voraussetzungen für das Lernen bieten, dazu kommt, dass teilweise die Unterkunft gewechselt werden muss, und so keine Kontinuität des Schulbesuchs gewährleistet ist. So kommt es vor, dass die Unterkunft in Spandau, die Schule aber in Treptow-Köpenick liegt.

In den Willkommensklassen des OSZ sitzen Geflüchtete aus ganz Berlin, da von der Zentralen Koordinierungsstelle in Mitte dort zugewiesen wird, wo Platz ist. Zurzeit sind sieben Willkommensklassen für die über 16-jährigen eingerichtet, der Unterricht erfolgt aus Platzmangel teilweise am Vor- und Nachmittag.

Jobcenter

Tagesaktuell zum 27.02.2018 werden 1.944 geflüchtete Menschen im Jobcenter Treptow-Köpenick betreut. Um den vielfältigen Unterstützungsbedarfen der seit 2015 hohen Anzahl an Geflüchteten als Kund*innen des Jobcenters gerecht zu werden, hat das Jobcenter Treptow-Köpenick ein interkulturell zusammengesetztes Spezialteam mit der Migrationsbeauftragten des Jobcenters als Leiterin eingesetzt, das ausschließlich für Geflüchtete U25 und Ü25 mit einem Sprachniveau bis B1 für die Flüchtlinge der TOP 8 (jetzt noch 5) Länder mit positiver Bleibeperspektive. Bisher sind 139 Integrationen von Ü25 in den Arbeitsmarkt gelungen.

Das Team hat in den letzten Jahren hohe Fachkompetenzen in Bezug auf Anerkennung, Status, die Bedarfe und Potentiale der Geflüchteten erworben und nimmt u.a. in Bezug zu den gesteckten Integrationszielen eine zentrale Stellung im Jobcenter ein. Junge Geflüchtete unter 25 Jahren sollen nahtlos gefördert werden können. Darüber hinaus soll die Arbeitslosigkeit so gering wie möglich gehalten werden. Eine Anschlussförderung soll möglichst innerhalb von 6 Wochen erfolgen, was nicht immer gelingt, auch weil Bescheinigungen und Zertifikate nicht immer zeitnah vorliegen.

Die Beratung der Geflüchteten ist zeitintensiv: den Kund*innen müssen System und Verfahren der Integration in Ausbildung bzw. Arbeit erläutert werden. Sprachbarrieren können mit Hilfe der Zentralen Dolmetscher-Telefon-Hotline des Landes Berlin überwunden werden.

Über die multiplen Problemlagen der Geflüchtete, die über Spracherwerb und Wohnsituation hinausgehen, haben die Klient*innen auf der Flucht häufig psychische und physische Gewalt erfahren und sind traumatisiert. Das Team ist in Bezug auf traumatisierte Flüchtlinge in Treptow-Köpenick gut vernetzt. Die

ajb GmbH - Gemeinnützige Gesellschaft für Jugendberatung und psychosoziale Rehabilitation –und der Verein „Das fünfte Rad e.V.“ leisten aufsuchende Therapieberatung auch in den Unterkünften und begleiten Geflüchteten bis zur Therapie und auch darüber hinaus. Auch auf die Angebote der Charité wird zugegriffen.

Zusammenarbeit mit Trägern für Sprach- und Integrationskurse

Die Fortsetzung des Spracherwerbs steht bei nahezu allen Klient*innen im Vordergrund, der/die Kund*in hat dabei die freie Trägerwahl. Dazu findet ein regelmäßiger Austausch mit der Regionalkoordination des für die Umsetzung von Integrations-, Sprach und berufsbezogenen Sprachkursen verantwortlichen Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge mit dem Jobcenter als Gastgeber statt. Das BAMF bringt eine Vertragspartner*innen, d.h. die VHS und die freien Träger für Sprach- und Integrationskurse im Bezirk mit. Themen sind u.a. Bedarfe, Sicherstellung einer möglichst einheitlichen Qualität der Sprachkurse, Pflege der Datenbank.

Um das Klientel in Ausbildung bzw. Arbeit zu bringen, kooperiert das Jobcenter über den gezielten Einsatz der bereits existierenden Arbeitsmarktpolitischen Instrumente hinaus mit Trägern, die sich auf Fort- und Weiterbildungen für Geflüchtete spezialisiert haben. Darüber hinaus findet eine enge Zusammenarbeit mit dem berlinweiten Arbeitgeber-Service-ASYL statt. Ziel dieses Projekts ist es, einen zentralen Anlaufpunkt für die Berliner Wirtschaft und deren Großunternehmen, Arbeitgeberverbände, Innungen und Kammern zur Meldung von Stellenangeboten speziell für diesen Personenkreis anzubieten.

Kleinteilige Angebote freier Träger

Über die beschriebenen Kooperationen hinaus gibt es auf bezirklicher Ebene kleinteilige Angebote zur Integration in den Arbeitsmarkt; das Jobcenter vermittelt auch hier nach dem Neutralitätsprinzip. Die Angebote sind auch im Hinblick auf die Zielgruppen unterschiedlich erfolgreich. Die folgenden Beispiele wurden dem Fachtag „Bildungslandschaften II“ als Gute Praxis benannt;

- Türöffner e.V., ein Jobnetzwerk für Geflüchtete in Treptow-Köpenick unterstützt geflüchtete Menschen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Der Verein vermittelt Praktikums- und Arbeitsplätze und unterstützt sowohl die Geflüchteten als auch die Unternehmen bei allen damit verbundenen rechtlichen, organisatorischen und vorbereitenden Angelegenheiten. Der Verein wird durch das Bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit Treptow-Köpenick gefördert, braucht jedoch darüber hinaus weitere personelle und finanzielle Unterstützung
- Der Geriatriisch-Gerontopsychiatrische Verbund mit 28 Trägern im Bezirk plant Praktika in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter anzubieten.
- „Rettung in Sicht“: berufsqualifizierende Maßnahmen für Geflüchtete im Freizeit- und Erholungszentrum (FEZ) Berlin, z.B. Ausbildung zur/zum Rettungsschwimmer*in

Handlungsempfehlungen

- Hinwendung zum Regionalprinzip und weg vom Prinzip „Geburtsmonat“ in Bezug auf die Verteilung der Flüchtlinge durch das Land Berlin - im Land Berlin gilt bei Wohnungslosigkeit die Regelung der Zuständigkeit nach Geburtsmonat u.a. für Jobcenter bzw. Arbeitsagentur. Flüchtlinge, die in Unterkünften leben, haben demnach keinen festen Wohnsitz und werden den Bezirken auf der Basis ihres Geburtsmonats zugeordnet, d.h. der Bezirk Treptow-Köpenick betreut alle September-Geborenen. Dem Senat liegt eine Empfehlung des Rates der Bürgermeister vor, wonach die MUFs der 2. Generationen zuständigkeitsbegründendes Wohnen darstellen sollen. Für Treptow-Köpenick wären das etwa 1.000 Plätze.
- Begleiteter, „weicher“ Übergang für unbegleitete minderjährige Geflüchtete von der Jugendhilfe in den SGBII-Bezug.
- Nutzung der Dolmetscher-Hotline durch alle Stellen, die Geflüchtete beraten, ist sehr zu empfehlen.

5.7 Integration in den Wohnungsmarkt

Der Umzug in eine eigene Wohnung ist eine zentrale Voraussetzung für gelingende Integration, die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft kann nur eine temporäre Lösung sein. Das Ziel besteht mittel- bis langfristig darin, Geflüchtete mit Bleiberecht in den normalen Wohnungsmarkt zu integrieren. Es ist mit ca. 4.800 weiteren Haushalten aufgrund der Zuwanderung durch Geflüchtete bis 2020 zu rechnen.³⁷ Wohnungsneubau für Geflüchtete sollte Teil der generellen Wohnungsbaupolitik sein, d.h. dass ein integrierter Ansatz für die Planung von sozialverträglichem Wohnraum verfolgt werden sollte. Geflüchtete profitieren davon, eine Regelung, einen Anteil von neu gebauten Wohnungen an Geflüchtete vermietet wird, ist ein guter Ansatz.

Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft degewo beispielsweise baut an der Schönefelder Chaussee 166 Wohnungen, von denen die Hälfte an Flüchtlinge mit Bleiberecht vermietet werden sollen (Bezug Herbst 2018).

Die gebundenen Bestände sind vor allem danach zu unterscheiden, ob sie dem Wohnungsbindungsgesetz (WoBinG) oder dem Belegungsbindungsgesetz (BelBinG) unterliegen. Nach dem BelBinG wurden vor allem im ehemaligen Ostteil Wohnungen errichtet. Dieses Gesetz lief 2013 aus. Die Bindungen gelten aufgrund früherer Kooperationsverträge zum Teil weiter. Dafür hat der Bezirk Treptow-Köpenick mit den Genossenschaften und städtischen Gesellschaften Verträge abgeschlossen, die sicherstellen, dass der entsprechende Anteil frei werdender Wohnungen WBS-Berechtigten überlassen wird.

³⁷ offensiv e.V. (Hrsg.) (2017): „Herausforderungen und Bedarfe von Geflüchteten auf dem Wohnungsmarkt in Treptow-Köpenick“

Unterstützungsstrukturen im Bezirk

Die Abläufe für Flüchtlinge werden u.a. detailliert in der durch offensiv e.V. in Auftrag gegebenen Studie „Herausforderungen und Bedarfe von Geflüchteten auf dem Wohnungsmarkt in Treptow-Köpenick“ dargestellt.

- Projekt InteraXion in der Trägerschaft von offensiv'91 e.V. mit der neuen Gruppe "Geflüchtet und auf Wohnungssuche in Treptow-Köpenick" soll die Vernetzung von Suchenden, Haupt- und Ehrenamt und anderen Engagierten gestärkt werden.
- AG Wohnen – regelmäßige Treffen.
- Gemeinsam haben die degewo Köpenick und STERNENFISCHER das Patenschaftsprojekt „Wohngebiets-Patenschaften“ ins Leben gerufen. Es soll Geflüchtete weiterhin unterstützen sobald diese eine Wohnung bezogen haben und so zur Integration beitragen.

Handlungsempfehlungen

- Im Sinne einer integrierten Wohnungsbaupolitik sollte der Anteil an Sozialwohnungen in Sanierungs- und Wohnbaukonzepten erhöht werden.
- Aufgrund des Wohnraummangels insbesondere im unteren Preissegment und der bezirksübergreifenden Verteilung nach Schließung von Notunterkünften ist es erforderlich, weiterhin landeseigene Wohnungsbaugesellschaften „ins Boot“ zu holen. Ein gutes Beispiel ist der Wohnungsneubau der Degewo Schönefelder-/Wegedornstraße; die Wohnungen werden zu 50 % an Flüchtlinge mit Bleibeperspektive vergeben.
- Da die temporäre Unterbringung von Geflüchteten nicht integrationsfördernd ist, benötigen Flüchtlinge Unterstützung bei der Wohnungssuche im Bezirk, z.B. in Form von Workshops und Veranstaltungen, Patenschaften oder Tandems.
- Es ist empfehlenswert, dass vonseiten des Bezirks (durch Wohnungsamt, Sozialamt oder Sozialarbeiter) und / oder des Jobcenters darauf hingewirkt wird, dass die geflüchtete Person eine Haftpflichtversicherung abschließt. In den Gesprächen mit kommunalen Vertretern wurde deutlich, dass auch durch das Vorhandensein einer solchen Versicherung die Chancen von Geflüchteten am Wohnungsmarkt positiv beeinflusst werden.
- Kommunale Wohnungsbaugesellschaften anhalten, ihre Angebote anzupassen.
- Wohnraumprojekt in einer bezirklichen Immobilie andenken.
- Bei Zwangsversteigerung sollte die Vergabe an Denjenigen erfolgen, der das größte soziale Interesse hat.
- Vermietungs- und Wohnraumvorgaben hinsichtlich Personen- und Quadratmeteranzahl für Wohnungsbaugenossenschaften müssen seitens des Senats flexibler gestaltet werden. So kön-

nen Großfamilien der Zugang zum Wohnraum erleichtert werden. In gegenwärtiger Praxis können sechs-köpfige Familien aufgrund der Vermietungsvorgabe vermehrt nicht vier Zimmerwohnungen beziehen, müssen dafür aber in Unterkünften weiterhin in zwei Zimmer wohnen.

5.8 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Eine äußerst schutzbedürftige Gruppe unter den Geflüchteten sind die unbegleiteten Minderjährigen, die besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge benötigen.³⁸ Es sind größtenteils männliche Jugendliche, die unbegleitet in Deutschland ankommen und häufig durch Gewalterfahrungen auf der Flucht, teilweise auch im Herkunftsland belastet sind.³⁹ Zum 30.06.2017 befanden sich 130 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, d.h. Personen unter 18 Jahren ohne Personenberechtigten sowie 180 junge Volljährige im Bezirk Treptow-Köpenick.

Wenn minderjährige Flüchtlinge ohne ihre Eltern oder eine erwachsene Begleitperson einreisen, ist die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zuständig. Die Erstaufnahme- und Clearingstelle (EAC) für alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge befindet sich in Steglitz-Zehlendorf. Sie ist rund um die Uhr geöffnet und organisiert die unverzügliche Aufnahme und Unterbringung der Jugendlichen. Das Clearingverfahren umfasst die Klärung der Situation der Kinder- und Jugendlichen bis hin zu einer Anschlussunterbringung in einer Einrichtung der Jugendhilfe. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie arbeitet dabei eng mit den verschiedenen Einrichtungen und Diensten sowie mit den Fachleuten der Jugendämter zusammen, die Kinder und Jugendliche übernehmen, sobald ein Vormund bestellt und der Jugendhilfebedarf geklärt wurde.

Die Unterkunft in Treptow ist eine von derzeit sieben regulären Clearingeinrichtungen, die vom Land Berlin finanziert werden. Diese verfügen insgesamt über rund 200 Plätze. In diesen Einrichtungen werden unbegleitete minderjährige Flüchtlinge untergebracht, bis ihre Situation geklärt ist und sie in einer Einrichtung der Jugendhilfe, für die die Bezirke zuständig sind, aufgenommen werden können. Der Clearingprozess kann bis zu drei Monaten dauern.

³⁸ Nach Einschätzung des Bundesfachverbandes für Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (bumf) sind diese im neuen Koalitionsvertrag Zielgruppe von Verschärfungen: „Union und SPD haben sich im Rahmen der Koalitionsgespräche auf Änderungen in der Flüchtlingspolitik geeinigt. Der Bundesfachverband umF sieht die Vereinbarungen zu minderjährigen Flüchtlingen mit großer Sorge. Der Eltern- und Geschwisternachzug zu subsidiär geschützten Kindern und Jugendlichen soll offenbar von dem monatlichen Kontingent von 1000 Personen ausgenommen werden. Die geplanten Anker-Zentren könnten zudem zu Türstehern des Kinderschutzes werden. Unbegleitete Minderjährige sollen bis zu ihrer Alterseinschätzung dort verbleiben und erst danach von den Jugendämtern in Obhut genommen werden. Das Verfahren der Identifizierung und Erstunterbringung unbegleiteter Minderjähriger soll dann nicht länger durch die kommunalen Jugendämter, sondern in Erstaufnahmeeinrichtungen für Erwachsene erfolgen. Damit würde der Vorrang der Kinder- und Jugendhilfe für junge Flüchtlinge faktisch abgeschafft.“ <http://www.b-umf.de/>, abgerufen am 22.2.2018

³⁹ Der Bundesfachverband umF hat eine Online-Umfrage unter Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe zur Situation unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge durchgeführt.

Handlungsempfehlungen

- Die Zuständigkeiten der Jugendämter durch Geburtsdatenregelung und feste Ansprechpartner*innen beim Jugendamt für die Unterkünfte benennen.
- Mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden im Jugendamt um die Handlungsfähigkeit der Ämter gewährleisten.
- Etablierung eines bezirksweiten Runden Tisches für die Zielgruppe unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) z.B. einmal im Quartal unter Leitung des Jugendamtes, in welche das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten, das Jobcenter, die Bundesagentur für Arbeit, unterstützende Träger und Initiativen sowie politische Vertreter*innen eingebunden werden sollten.

Unterbringung und Wohnraum

- Ausbau der Plätze in Regeleinrichtungen der Jugendhilfe, um eine lange Verweildauer in den Clearingstellen bzw. die Unterbringung in Unterkünften, die nicht den Standards der Kinder- und Jugendhilfe entsprechen, zu vermeiden und eine angemessene Betreuung zu gewährleisten.
- Um Wohnungslosigkeit zu vermeiden, sollten die Herausforderungen, die mit dem Wegfall der Jugendhilfe entstehen (SGB II, Unterbringung, Kostenübernahme für die Wohnung) bereits in der Jugendhilfeeinrichtung geklärt werden. Ggf. sollte eine längere Verweildauer in der Jugendhilfe ermöglicht werden, falls kein Wohnraum zur Verfügung steht.
- Aufnahme volljähriger Geschwister unter 27 in die Jugendhilfe und gemeinsame Unterbringung mit den minderjährigen Geschwistern.
- Schaffung von Möglichkeiten der Wohnraumanmietung für die Jugendhilfeträger, um eine Unterbringung von Jugendlichen nach Beendigung der Jugendhilfe zu gewährleisten.
- Alternativen zu Trägerwohnungen finden, Programme auflegen, die langfristige Stabilität und das Wohl des Kindes sichern.
- Separate Vereinbarung mit den Wohnungsbaugesellschaften (Kontingent bereitstellen).
- Netzwerk bilden, das Jugendliche mit Wohnraum versorgt.
- Falls Miete noch nicht bekannt „Zustimmung zur Anmietung einer Wohnung“, wie es bereits beim LAF durchgeführt wird, auch dann, wenn noch kein Leistungsbezug besteht – hierzu muss klar sein, wer Leistungsträger sein wird (in Abhängig vom Status des Asylgesuchs).
- Die Möglichkeit schaffen, dass die Jugendhilfe Wohnraum bei ambulanter Hilfe zahlt, wenn der Jugendliche den Mietvertrag für eine Wohnung/ ein Zimmer unterschreibt, bis der Übergang zum LAF / Jobcenter durchlaufen ist.

Leistungsbezug (Übergang Jugendamt / Jobcenter)

- Leistungen der Jugendhilfe erhalten die Jugendlichen in der Regel nur bis zur Volljährigkeit, danach sind sie auf sich gestellt. Nicht das ohnehin nur teilweise feststellbare medizinische Alter, sondern der spezifische Bedarf und die persönliche Situation der jungen Menschen sollten über die weitere Betreuung entscheiden. Großzügige Anwendung des §41 SGB VIII und Versorgung von jungen Erwachsenen über das 18. Lebensjahr hinaus durch die Jugendämter ist sehr zu empfehlen.

Vormundschaften

- In Berlin vermittelte mit Stand Februar 2018 das Jugendamt Steglitz-Zehlendorf die Einzelvormundschaften für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Die Verfahrensberatung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete und ihre Vormünder sollte ausgebaut werden, z.B. durch einen dezentralen Aufbau von Beratungsstellen inkl. Netzwerkbetreuung, z.B. Jugendämtern eine Stelle zur Verfügung stellen, die dies koordiniert.
- Transparenz gegenüber privaten Vormündern in Bezug auf die individuellen Problemlagen der Jugendlichen (Jugendliche werden teilweise angepöbele, spezielle Probleme wie Drogenkonsum verschwiegen, weil sich die Unterbringung andernfalls noch schwieriger gestaltet).
- Instrumente aus bestimmten anderen Bereichen (Unterstützung von Frauen) auf die Situation junger Volljährigen übertragen / Sponsoren einbinden (Vermittlung, Leumund, finanziell).

6 ZUSAMMENFASSUNG

Fazit

Der Bezirk Treptow-Köpenick ist aufgrund seiner Sozialstruktur im Vergleich zur Gesamtstadt relativ homogen. Die Sozialstruktur hat Auswirkungen auf Bereiche wie die formale Bildung (so weisen z.B. nur zwei Schulen einen Anteil von Kindern nicht deutscher Herkunftssprache von über 40% auf) oder die Ausstattung der Sozialräume mit Nachbarschafts- und Begegnungszentren für eine kulturell vielfältige Gesellschaft.

Arbeitsstrukturen im Bezirk

- Soll innerhalb der bestehenden Zuständigkeitsverteilungen optimiert werden, scheinen besonders zwei Maßnahmen erfolgversprechend zu sein. Einerseits kann einem Amt oder Fachbereich die Federführung für die Flüchtlings- und Integrationsverwaltung erteilt werden, andererseits ist auch die Etablierung einer beim Bezirksbürgermeister angesiedelten Stabstelle denkbar.
- Regelmäßige ressortübergreifende Zusammenarbeit zum Thema Geflüchtete: Kooperation aller für die an der regionalen Entwicklung relevanten Verwaltungsbereiche (u.a. Amt für Bürgerdienste, Schul- und Sportamt, Stadtplanung und -entwicklung, Soziales, Jugend, Gesundheit, Integration, Wirtschaft). Bei Bedarf werden themenbezogene Ämterrunden organisiert, ansonsten können in die AG SRO Themen der Bereiche eingebracht werden.
- Benennung von verbindlichen Ansprechpartner*innen und Zuständigkeiten zur Zielgruppe Geflüchtete im Bezirksamt (Fachämter und Beauftragte) in Abgrenzung zur Landesebene (auch Ansprechpartner*innen und Zuständigkeiten benennen), Erstellung einer entsprechenden Übersicht.
- Ableitung von Handlungsempfehlungen zur Umsetzung des Selbstverständnisses im Sinne einer bezirklichen Integrationskultur, auch mit Blick auf Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz von Geflüchteten in der Gesellschaft. Integration muss von Anfang an mitgedacht werden.

Beteiligung stärken

- Aufbau und Stärkung von Nachbarschaften, z.B. über den Aufbau bzw. die Qualifikation von Begegnungsorten
- Alltägliche Orte der Begegnung wie Kita, Spielplätze, Schule, lokale Nahversorgung als Orte der Integration identifizieren und unterstützen.
- Konzepte für das Zusammenleben mit den Bewohner*innen gemeinsam entwickeln, dafür sollen entsprechende Formate und Angebote auf Ebene der Sozialräume geschaffen werden.
- Angebote mit unmittelbarem Kontakt und Unterstützung durch den*die Bewohner*in wie Patenschaften, Begleitung etc. stärken. Eine besondere Rolle spielt die ehren- und hauptamtliche konkrete, direkte Unterstützung bei der Wohnungssuche.

Personal

- Stärkung der (Schul-)Sozialarbeiter*innen als Multiplikator*innen und Vermittler*innen in den Kitas, Schulen, Unterkünften, Familienzentren und in integrativen Projekten.
- Besondere Aufmerksamkeit und Begleitung brauchen psychisch kranke oder traumatisierte Flüchtlinge, ehrenamtliche Betreuer*innen sind hier häufig überfordert. Es sollten verstärkt hauptamtliche Mitarbeiter*innen in der psycho-sozialen Betreuung eingesetzt werden.
- Langfristige Sicherung von Integrationslots_innen, Stadtteilmüttern und –vätern sowie hauptamtlichen Strukturen zur professionellen Begleitung des Ehrenamts.
- Ressourcen für die bezirkliche Bedarfsermittlung bereitstellen, um Programme von unten nach oben zu qualifizieren, hier wäre die Entwicklung gemeinsamer Leitlinien hilfreich.
- Qualitäts- und Weiterentwicklung von Förderprogrammen: Programme reduzieren! Programme flexibel und bedarfsorientiert gestalten – möglichst von unten nach oben.

Anbieter*innen

- Klare Abstimmungen und Transparenz zu den vorhandenen bzw. bereits etablierten Strukturen im Rahmen von Beratungsangeboten und -leistungen insbesondere für Flüchtlinge. Diese sind eine wichtige Grundlage für eine angemessene, bedarfs- und ressourcenorientierte Angebotspalette und helfen insbesondere Doppelstrukturen zu vermeiden.
- Rahmenbedingungen wie Angebotszeiten und Kinderbetreuung überprüfen und verbessern
- Bezirkliche Angebote und Angebote freier Träger in Bereichen wie z.B. Beratung, Spracherwerb etc. zum Wohle der Zielgruppen, d.h. der Multiplikator*innen und der Geflüchteten aufeinander abstimmen.
- Konkurrenzsituationen zwischen professionellen (öffentlichen und privaten) Anbietern sowie zwischen professionellen und ehrenamtlichen Angeboten vermeiden, da sonst zu viel Energie in die Abgrenzung läuft. Klar und deutlich machen, wer was zu bieten hat, wer bis zu welchem Punkt berät

.Kommunikation

- Nutzung der landeseigenen Dolmetscher-Hotline durch alle für Flüchtlinge relevanten Anlaufstellen.
- Entsprechend des lebensweltlich orientierten Ansatzes sind lokale Arbeitsstrukturen vor Ort zu etablieren, wie z.B. Städtebauförderprogramme QM oder BENN, die kleinteilige Netzwerke und Veranstaltungen vor Ort organisieren, um die bezirkliche Arbeit zu erleichtern und zusätzliche Angebote zu schaffen bzw. vorhalten zu können.
- Diverse und den Bedarfen angepasste Netzwerke und Möglichkeiten zum Austausch weiter stärken, z.B. durch eine interne Kommunikationsplattform.

- Kommunikation verbessern – auch die besten Netzwerke und Veranstaltungen ersetzen nicht das Mitdenken jedes einzelnen und den Griff zum Telefon für eine bilaterale Information, z.B. über den geplanten Kinderspielplatz in der Nähe der Unterkunft.
- Anwendung des bezirklichen Social-Media-Konzeptes.
- Gezielte Einbindung der Nachbarschaften in analoge Beteiligungsprozesse vor Ort sowie online über die Beteiligungsplattform mein.berlin.de, z.B. für Wohnungsbauprojekte.

Überprüfung des Umsetzungsstandes und Weiterentwicklung des Konzeptes

Vorgeschlagen wird ein Instrument, das eine regelmäßige Überprüfung des Umsetzungsstandes vorsieht und damit eine Weiterentwicklung des Konzeptes unter Berücksichtigung der sich ändernden gesellschaftlichen Realitäten ermöglicht. Eventuell lässt sich diese Überprüfung mit den Haushaltsberatungen „querkoppeln“, sodass z.B. alle 2 Jahre in der Mitte des laufenden Doppelhaushaltes eine solche Überprüfung stattfindet und die Ergebnisse dann in den Haushaltsberatungen zumindest mitgedacht werden können, wenn es darum geht Angebote zu erweitern, zu verändern oder fehlende Angebote neu zu schaffen.

7. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AfS	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
AG	Arbeitsgruppe / Arbeitsgemeinschaft
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BelBinG	Belegungsbindungsgesetz
BENN	Berlin entwickelt neue Nachbarschaften
bumf	Bundesfachverband für Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
BzBm	Bezirksbürgermeister
BZR	Bezirksregion
DEUFöV	Deutschsprachförderverordnung
EA	Erstaufnahmeeinrichtung
EAC	Erstaufnahme- und Clearingstelle
EASY - System	Erstverteilung der Asylbegehrenden
EW	Einwohner*innen
FEIN-Mittel	Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften
GU	Gemeinschaftsunterkunft
ISS	Integrierte Sekundarstufe
LAF	Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
JBA	Jugendberufsagentur
LAG	Landesarbeitsgemeinschaft
LOR	Lebensweltlich orientierten Räume
MUF	Modulare Unterkünfte zur Flüchtlingsunterbringung
NU	Notunterkunft
UMF	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
OIC	Organisation of Islamic Cooperation
PLR	Planungsraum

QM	Quartiersmanagement
SenBJF	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
SenSW	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
SGB	Sozialgesetzbuch
Slko	Soziales Infrastrukturkonzept
SPK	Sozialraumorientierte Planungskoordination
SRO	Sozialraumorientierung
Tempohomes	Als „Tempohomes“ werden die Wohncontaineranlagen zur Unterbringung von Geflüchteten bezeichnet, die seit Mai 2016 im Berliner Stadtgebiet errichtet werden. Die Nutzung ist in der Regel für einen Zeitraum von 3 Jahren ab Betriebsbeginn vorgesehen. TOP 8
U25 / Ü25	Unter 25 / Über 25
VHS	Volkshochschule
WBS	Wohnberechtigungsschein
WoBinG	Wohnungsbindungsgesetz

8. LITERATURVERZEICHNIS / INTERVIEWS

8.1 Literatur

Amt für Statistik Berlin Brandenburg (31.12.2014): Statistischer Bericht A I 5 – hj 2 / 14. Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31. Dezember 2014 Alter Geschlecht Familienstand Migrationshintergrund Staatsangehörigkeit Religionsgemeinschaftszugehörigkeit Wohnlage Bezirk Ortsteil LOR-Bezirksregion. In: https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2015/SB_A01-05-00_2014h02_BE.pdf (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Einwohnerregister 31.12.2017. In: https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/Stat_Berichte/2018/SB_A01-05-00_2017h02_BE.pdf (letzter Zugriff: 30.10.2018)

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) (Hrsg.) (2017): Berlin und Dresden. Welchen Zugang haben Geflüchtete zum Wohnungsmarkt? März 2017

Bezirksamt Treptow-Köpenick (Hrsg.) (2011): Leitlinien für die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements des Bezirksamtes Treptow-Köpenick von Berlin“ 2011. In: http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/_assets/aemter-und-se/soziales/pdf/veroeffentlichungen/leitlinien_zur_foerderung_buergerschaftlichen_engagements.pdf

Bezirksamt Treptow-Köpenick. Abt. Arbeit, Soziales und Gesundheit (Hrsg.) (Juni 2015): Der demografische Wandel – Handlungskonzept des Bezirks Treptow-Köpenick von Berlin <https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/ueber-den-bezirk/demografiekonzept/> (letzter Zugriff: 30.10.2018)

Bezirksamt Treptow-Köpenick Sozialraumorientierte Planungscoordination (Hrsg.) (2014): Bezirksregionenprofil für die Bezirksregion Oberschöneeweide. Veröffentlichung Berlin, August 2014. In: https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/_assets/aemter-und-se/spk/bzr05-oberschoeneweide/bezirksregionenprofil-oberschoeneweide.pdf (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin; Abt. Arbeit, Soziales und Gesundheit Amt für Soziales (Hrsg.) (2015): Der demografische Wandel. Handlungskonzept des Bezirks Treptow-Köpenick von Berlin; Veröffentlichung Juni 2015. In: https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/_assets/der-bezirk/demografiekonzept/demografiekonzept.pdf (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Bezirksamt Treptow – Köpenick Jugendamt (Hrsg.) (2015): Kindertagesbetreuung Bedarfsfortschreibung 2015/2016; Veröffentlichung Berlin, August 2015. In: https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/_assets/aemter-und-se/jugend/pdf/kitawegweiser/050416_kitaplanung-2015_2016.pdf (letzter Zugriff 24.10.2016).

Bezirksamt Treptow-Köpenick Sozialraumorientierte Planungscoordination (Hrsg.) (2015): Bezirksregionenprofil für die Bezirksregion Adlershof; Veröffentlichung Berlin, Juli 2015. In: https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungscoordination/bezirksregionenprofil_adlershof_.pdf (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Bezirksamt Treptow-Köpenick Sozialraumorientierte Planungscoordination (Hrsg.) (2015): Bezirksregionenprofil für die Bezirksregion Köllnische Vorstadt / Spindlersfeld; Veröffentlichung Berlin, Juli 2015. In: <https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungscoordination/artikel.101948.php> (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Bezirksamt Treptow-Köpenick Sozialraumorientierte Planungscoordination (Hrsg.) (2016): Bezirksregionenprofil Bohnsdorf. Beschreibung und Bewertung der Bezirksregion; Veröffentlichung Berlin, 31.03.2016. In: http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungscoordination/beschlossenes-bzrp-bohnsdorf_mit-anlagen.pdf (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Bezirksamt Treptow-Köpenick Sozialraumorientierte Planungscoordination (Hrsg.) (2016): Bezirksregionenprofil Rahnsdorf / Hessenwinkel. Beschreibung und Bewertung der Bezirksregion; Veröffentlichung Berlin, 02.05.2016. In: https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungscoordination/beschlossenes-bzrp-rahnsdorf_mit-anlagen.pdf (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Bezirksamt Treptow-Köpenick Sozialraumorientierte Planungscoordination (Hrsg.) (2016): Bezirksregionenprofil Alt-Treptow. Beschreibung und Bewertung der Bezirksregion; Veröffentlichung Berlin, 02.05.2016. In: [beschlossenes-bezirksregionenprofil-alt-treptow-2015-1.pdf](#) (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Bezirksamt Treptow-Köpenick Sozialraumorientierte Planungscoordination (Hrsg.) (2016): Bezirksregionenprofil Müggelheim. Beschreibung und Bewertung der Bezirksregion; Veröffentlichung Berlin, 20.05.2016. In: <https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungscoordination/beschlossenes-bzrp-mueggelheim.pdf> (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Bezirksamt Treptow-Köpenick. Schul- und Sportamt (Hrsg.) Schulentwicklungsplanung für die Jahre 2016 – 2021, In: <https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/aemter/schul-und-sportamt/schule/artikel.563233.php> (letzter Zugriff: 30.10.2018)

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin. Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt (Hrsg.) (2015): Soziales Infrastrukturkonzept Treptow-Köpenick 2015. Bezirkliches Konzept zur Entwicklung der sozialen und grünen Infrastruktur in Treptow-Köpenick Schlussbericht. In: https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/_.../isk_tk_2015_schlussbericht.pdf (letzter Zugriff: 24.10.2016) bzw. Entwurf des Schlussberichts, Überarbeitung nach Stellungnahmen durch die Senatsverwaltungen, Stand 21.6.2017

Informationsverbund Asyl & Migration (Hrsg.) (2017): So wirkt Engagement. Ehrenamtsförderung in der Geflüchtetenarbeit.

Jobcenter Berlin Treptow-Köpenick (Hrsg.) (2017): Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) 2017. Stand 01. März 2017

Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) (08.06.2016): Notunterbringung in Berlin. <https://www.berlin.de/fluechtlinge/infos-zu-fluechtlingen/unterbringung/artikel.437101.php> (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Landesamt für Gesundheit und Soziales (August LaGeSo) (2016): Infos zu Flüchtlingen. In: <https://www.berlin.de/fluechtlinge/infos-zu-fluechtlingen/fakten/artikel.436797.php> (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Landesweiter Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement (LKF) (09.05.2016): Unterbringungskapazitäten. In: <https://www.berlin.de/fluechtlinge/infos-zu-fluechtlingen/unterbringung/artikel.437101.php> (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Landesweiter Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement (LKF) (10.05.2016): Zugangslage Flüchtlinge. In: <https://infogr.am/zugangslage-71016> (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Migrationsbeirat (2014): Beschluss des Beirates für Migration, Inklusion und Partizipation – Migrationsbeirat – beim Bezirksamt Mitte von Berlin. Beschluss vom 19.11.2014 (10-0-2). Berlin. In: https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/gremien/migrationsbeirat/beschluss_mmmh_141119.pdf (letzter Zugriff: 24.10.2016).

offensiv e.V. (Hrsg.) (2017): „Herausforderungen und Bedarfe von Geflüchteten auf dem Wohnungsmarkt in Treptow-Köpenick“ Studie, http://www.interaxion-tk.de/images/Bedarsanalyse_Wohnungssuche_Gefl%C3%BChtete_TK_2017.pdf (letzter Zugriff 30.10.2018)

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Ref. I A – Stadtentwicklungsplanung (Hrsg.) / **Amt für Statistik Berlin-Brandenburg** (2016): Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2015-2030 ; Veröffentlichung Berlin, Januar 2016. In: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/bevoelkerungsprognose/download/2015-2030/Bericht_Bevprog2015-2030.pdf (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Hrsg.) (2015): Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2015, 2.2 Index-Indikatoren nach Status und Dynamik – Anteilswerte – auf Ebene der Bezirksregionen 2014. In: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2015/tab/2.2.IndexInd_Anteile_BZR_MSS2015.pdf (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Hrsg.) (2015): Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2015, 2.1. Index-Indikatoren nach Status und Dynamik - Anteilswerte - auf Ebene der Planungsräume 2014. In: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2015/tab/2.1.IndexInd_Anteile_PLR_MSS2015.pdf (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Hrsg.) (2015): Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2015, .2. Kontext-Indikatoren - Anteilswerte - auf Ebene der Bezirksregionen (31.12.2014,

31.12.2012 - 31.12.2014). In: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2015/tab/4.2.KontextInd_Anteile_BZR_MSS2015.pdf (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Hrsg.) (2015): Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2015, 4.2. Kontext-Indikatoren - Anteilswerte - auf Ebene der Bezirksregionen (31.12.2014, 31.12.2012 - 31.12.2014). In: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2015/tab/4.2.KontextInd_Anteile_BZR_MSS2015.pdf (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Hrsg.) (2015): Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2015, 4.3. Kontext-Indikatoren - Anteilswerte - auf Ebene der Bezirke (31.12.2014, 31.12.2012 - 31.12.2014). In: http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:GLZmsxv--VgJ:www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2015/tab/4.3.KontextInd_Anteile_Bezirke_MSS2015.xls+&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=de (letzter Zugriff: 24.10.2016).

Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen (Hrsg.) (2016): Masterplan Integration und Sicherheit; <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/politik-aktuell/2016/meldung.458963.php>, Veröffentlichung 24.05.2016 (letzter Zugriff: 30.10.2018)

Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen (Hrsg.) (2017): Masterplan Integration und Sicherheit, Umsetzungsbericht Berichtszeitraum 2016, <https://www.parlament-berlin.de/ados/18/IIIP-len/vorgang/d18-0477.pdf>, Veröffentlichung 21.7.2017 (letzter Zugriff 30.10.18)

Stiftung Mercator GmbH (Hrsg.) (2017): Städte und Gemeinden in der Flüchtlingspolitik. Welche Probleme gibt es – und wie kann man sie lösen? Studie https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3_Publikationen/2017/August/Stiftung_Mercator_Studie_Verwaltungshandeln_Fluechtlingspolitik.pdf (letzter Zugriff 30.10.18)

Stiftung Mercator GmbH (Hrsg.) (2017): Städte und Gemeinden in der Flüchtlingspolitik. Welche Probleme gibt es – und wie kann man sie lösen? Zentrale Befunde und Empfehlungen <https://www.stiftung-mercator.de/de/publikation/staedte-und-gemeinden-in-der-fluechtlingspolitik-kurzfassung/> (letzter Zugriff 30.10.2018)

Stiftung SPI Sozialpädagogisches Institut Berlin »Walter May« (Hrsg.) (2017): Ankommen. Durch Normenorientierung und Wertediskussion den Integrationsprozess für Flüchtlinge erleichtern. Eine Handreichung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Flüchtlingsarbeit. Februar 2017

vhw -Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V (Hrsg.) (2016) vhw werkSTADT, Nummer 03, März 2016, https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publikationen/werkSTADT/PDF/vhw_werkSTADT_Vielfalt_Fluechtlinge_Nr_2_2016.pdf

8.2 Internetseiten

Internetseite des **Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration** zum Format „Integration im Dialog“: <https://www.berlin.de/lb/intrmig/integration-im-dialog/ergebnisse/> (letzter Zugriff 30.10.2018)

Internetseite der **Berliner Modellkitas zur Integration und Inklusion von Kindern aus Familien mit Fluchterfahrung**: <http://www.integration-kitas.de/> (letzter Zugriff: 31.10.18)

Folien zu Informationsveranstaltung des **Bezirksamtes Pankow** „Übersicht zu den schulischen und beruflichen Bildungsangeboten für geflüchtete Kinder und Jugendliche“ am 31.03.2017 https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/information/informationsveranstaltung_bildungswege_31-03-17_pankow-pdf_2.pdf (letzter Zugriff 30.10.2018)

Facebookseite des **Bezirksamt Treptow-Köpenick**, Bereich Integration: <https://www.facebook.com/pg/IntegrationBATAK> (letzter Zugriff: 31.10.18)

Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung des **Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge**: (Deutschsprachförderverordnung - DeuFöV), https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/ESF/01_Grundlagen/vo-berufsbezogene-deutschsprachfoerderung.html

Internetseite des **Bundesfachverbandes unbegleitete minderjährige Flüchtlinge** <http://www.bumf.de/> (letzter Zugriff: 31.10.18)

Internetseite des Projektes interaxion, Träger **offensiv e.V.** u.a. zum Thema Wohnraum für Geflüchtete: <http://www.interaxion-tk.de/index.php/de/blog/wohnraum>

Facebookgruppe „Willkommen in Treptow-Köpenick!“ von **offensiv e.V.**: <https://www.facebook.com/groups/640893109419012>. (letzter Zugriff: 31.10.18)

8.3 Experten*innen Interviews

8.3.1 Interviews mit der Regionalkordinator*innen

Herr Bastian Ignaszewski,	Regionalkoordinator BZR Alt-Treptow, Baumschulenweg, Johannisthal, Niederschöne-weide, Plänterwald	07.11.2016
Frau Doreen Bodeit	Regionalkoordinatorin BZR Adlershof, Altglienicke, Bohnsdorf, Grünau und Schmöck-witz/Karolinenhof/Rauchfangs-werder	30.09.2016

Frau Jacqueline Kreische	Regionalkoordinatorin für die Bezirksregionen Allende-Viertel, Altstadt-Kietz, Kölnische Vorstadt/Spindlersfeld, Köpenick-Süd und Müggelheim	30.09.2016
Frau Sylvia Nietzold	Regionalkoordinatorin für Bezirksregionen Dammvorstadt, Friedrichshagen, Köpenick Nord, Oberschöneide und Rahnsdorf/Hessenwinkel	29.09.2016

8.3.2 Interviews mit den Fachämtern und Beauftragten

Frau Anke Armbrust	Gleichstellungsbeauftragte	05.12.2016 (telefonisch)
Frau Sabine Bimböse	Amt für Bürgerdienste - Leitung	15.11.2016
Frau Annette Indetzki	Amt für Weiterbildung und Kultur - Leitung	22.11.2016
Herr Jens Meißner	Sozialamt - Leitung	18.10.2016. (telefonisch)
Herr Gregor Postler	Integrationsbeauftragter	05.12.2016
Herr von Welzeck	Gesundheitsamt - Leitung	20.10.2016. (telefonisch)
Frau Ulrike Zeidler	Stadtentwicklungsamt – Leitung Fachbereich Bau- und Wohnungsaufsicht	03.11.2016
Herr Gregor Postler	Integrationsbeauftragter	Gemeinsames Interview am 29.11.17
Frau Friderike Ernst	Koordination der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit	
Frau Christine Herm	Koordination Flüchtlingsfragen, Öffentlichkeitsarbeit	
Frau Grit Müller	Koordinierungsstelle Schulaufsicht	30.1.2018
Frau Julia Kunze	BENN Allende-Viertel - Teamleitung	14.12.17
Frau Ishtar Aljabiri	BENN im QM Kosmosviertel - Mitarbeit	10.1.18

Herr Martin Fleschenberg	vhs - Programmbereiche Deutsch als Zweitsprache – Leitung	24.1.18
Frau Heike Thöne, Frau Luise Jacobi	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Referat IV B, Integration im Quartier	30.1.2018
Frau Annett Melzer	Jobcenter – Bereichsleitung Flüchtlinge U25	Gemeinsames Interview am 27.3.18
Frau Susanne Korfmacher	Jobcenter - Leitung Spezialteam	
Herr Sascha Dörfei	Agentur für Arbeit - Geschäftsstellenleitung	
Frau Förter	JBA- zuständig für die Willkommensklassen	
Herr Friedrich	JBA - Teamleitung Berufsberatung	
Herr Christian Kerntopf	Vorsitzender des Integrationsausschusses, Die Linke	Gemeinsames Interview am 10.11.18
Frau Ana-Maria Trăsnea	Integrationspolitische Sprecherin, SPD	
Herr Wolfgang Knack	Integrationspolitischer Sprecher, CDU	
Frau Catrin Wahlen	Integrationspolitische Sprecherin, Die Grünen	